

Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2010

Nach zwei Verlustjahren in Folge konnte die deutsche Kreditwirtschaft im Berichtsjahr einen gegenüber 2009 kräftig gestiegenen aggregierten Jahresüberschuss vor Steuern in Höhe von 17,8 Mrd € ausweisen. Gemessen an der längerfristigen Profitabilitätsentwicklung zeichnete sich damit im Berichtsjahr wieder eine Tendenz zur Normalisierung der Ertragslage im Aggregat ab. Allerdings unterliegt der Vergleich mit den Ergebnissen früherer Jahre gewissen Einschränkungen, da im Berichtsjahr erstmals die neuen Bilanzierungsvorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes verbindlich anzuwenden waren. Die diesem Aufsatz zugrunde liegenden Daten erlauben jedoch keine Quantifizierung dieses Effekts, da keine vergleichbaren Angaben nach alter Rechnungslegung für das Geschäftsjahr 2010 verfügbar sind.

Trotz einer größtenteils kräftigen Verbesserung über nahezu alle Bankengruppen hinweg war die Ertragsentwicklung in 2010 nach wie vor durch eine deutliche Spreizung der Jahresergebnisse zwischen und zum Teil auch innerhalb der einzelnen Bankengruppen geprägt. So wiesen die Banken mit Sonderaufgaben, die Sparkassen, die Kreditgenossenschaften und die Regionalbanken im Vergleich zum Vorjahr kräftige Gewinnsteigerungen vor Steuern aus. Im Gegensatz dazu konnten von den Bankengruppen, die im Vorjahr noch Verluste verbucht hatten, nur die Großbanken wieder einen Gewinn vor Steuern ausweisen; die Landesbanken und Realkreditinstitute verzeichneten hingegen weiterhin – wenngleich deutlich reduzierte – Verluste. Die Genossenschaftlichen Zentralbanken mussten als einzige Bankengruppe eine Reduktion ihres Jahresergebnisses hinnehmen, verbuchten aber dennoch einen deutlichen Gewinn vor Steuern. Gestützt wurde die Ertragslage im Aggregat durch eine deutliche Verringerung des Netto-Bewertungsaufwands, der Verluste aus der „außerordentlichen Rechnung“ sowie des Personalaufwands. Belastend wirkte hingegen eine leichte Reduktion des operativen Ergebnisses, wobei hier niedrigere Gewinne im Eigenhandel sowie eine deutliche Verschlechterung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses die Zuwächse im Zins- und Provisionsüberschuss überkompensierten. Trotz des guten Jahresergebnisses resultierte infolge hoher Verlustvorträge und beträchtlicher Nettozuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken im Aggregat ein Bilanzverlust in Höhe von 0,8 Mrd €, der sich allerdings auf wenige Bankengruppen und dort auf einzelne Institute konzentrierte.

Für das Geschäftsjahr 2011 ist trotz eines günstigen Umfelds zu Jahresbeginn von einer Eintrübung der Ertragsaussichten bei gleichzeitiger Erhöhung der Unsicherheit auszugehen. So dürften die Ertragspotenziale trotz der durch die positive Binnenkonjunktur bedingten ergebnisstützenden Effekte im inländischen Kreditgeschäft, insbesondere aufgrund der europäischen Staatsschuldenkrise und der damit einhergehenden gestiegenen Volatilität an den Finanzmärkten, wohl spürbar begrenzt bleiben.

Vorbemerkungen

*Neue Bilanzierungs-
vorschriften des Bilanz-
rechtsmoderni-
sierungs-
gesetzes ...*

Für die handelsrechtlichen Jahreseinzel- und Konzernabschlüsse der deutschen Kreditinstitute waren für das Geschäftsjahr 2010 erstmals die neuen Bilanzierungsvorschriften des am 29. Mai 2009 in Kraft getretenen Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) verbindlich anzuwenden. Hieraus resultierten unter anderem fundamentale konzeptionelle Änderungen hinsichtlich des Ausweises einiger Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV), die sich folglich in der auf Basis der veröffentlichten HGB-Einzelabschlüsse ermittelten Statistik der Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken (GuV-Statistik) niederschlugen haben.

*... bewirken
konzeptionelle
Änderungen
in der GuV-
Statistik ...*

Die für die GuV-Statistik der Bundesbank wohl bedeutendsten Änderungen ergaben sich durch die neuen Vorschriften zur Bilanzierung des Eigenhandels, der Pensionsrückstellungen und der Währungsumrechnung. Sie führten im Berichtsjahr zu einem im Vergleich zu den Vorjahren veränderten konzeptionellen Ausweis der Positionen Nettoergebnis des Handelsbestandes¹⁾, Zins- und Provisionsüberschuss, Personalaufwand, Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen sowie Zuführungen zum beziehungsweise Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken. Änderungen ergaben sich überdies in der „außerordentlichen Rechnung“, da einerseits die Positionen Einstellungen in beziehungsweise Auflösungen von Sonderposten mit Rücklageanteil wegfielen und andererseits Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit der Erstanwendung des BilMoG in den Positionen außerordent-

liche Erträge beziehungsweise Aufwendungen zu verbuchen waren.

Aufgrund dieser konzeptionellen Änderungen ist die direkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse der GuV-Statistik für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 zum Teil erheblich eingeschränkt. Dies gilt vor allem für die oben erwähnten von den Neuregelungen des BilMoG betroffenen GuV-Positionen. Der Vergleich des Betriebsergebnisses (vor und nach Bewertung) und des Jahresergebnisses (vor und nach Steuern) mit den jeweiligen Vorjahrswerten dürfte allerdings weniger stark beeinträchtigt sein, da sich gegenläufige Verbuchungsneuregelungen im Aggregat teilweise kompensierten. Beim Vorjahrsvergleich der einzelnen GuV-Positionen in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme können zudem verzerrende Effekte durch die die Bilanzsumme betreffenden Neuregelungen zum Ausweis von Aktiva und Passiva enthalten sein.

*... und führen
zu einem ein-
geschränkten
Vorjahrsver-
gleich*

Die aus Sicht der GuV-Statistik bedeutendsten konzeptionellen Änderungen des BilMoG sind in einem gesonderten Anhang (siehe S. 39 ff.) zu diesem Aufsatz sowie in kurzen Erläuterungen zu den maßgeblich betroffenen GuV-Positionen dargestellt.

Ertrag aus dem zinsabhängigen Geschäft

Im Jahr 2010 sind sowohl Zinsaufwendungen als auch -erträge der deutschen Kreditinsti-

¹ Bezeichnung von 1993 bis 2009: Nettoergebnis aus Finanzgeschäften.

Zinsaufwendungen und -erträge kräftig zurückgegangen, aber Zinsüberschuss leicht erhöht

tute kräftig gesunken.²⁾ Dies war wohl unter anderem auf eine bis Ende August 2010 nahezu stetig abwärtsgerichtete Verschiebung der Zinsstruktur sowohl am kurzen als auch am langen Ende zurückzuführen, wenngleich diese Entwicklung im weiteren Verlauf des Jahres durch aufwärtsgerichtete Verschiebungen wieder teilweise kompensiert wurde. Insgesamt nahmen die Zinsaufwendungen prozentual stärker ab als die Zinserträge, sodass sich im Aggregat der Zinsüberschuss – also die Differenz aus Zinserträgen und -aufwendungen – leicht um 0,7 Mrd € auf 92,1 Mrd € erhöhte. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich im Gegensatz zum Vorjahr auch die geänderten Ausweisvorschriften gemäß BilMoG im Zinsergebnis niedergeschlagen haben dürften.

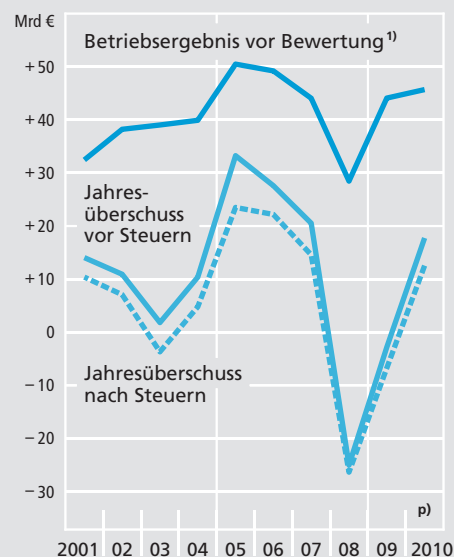
Zinsspanne konstant geblieben

Der Anteil des Zinsergebnisses an den operativen Erträgen³⁾ stieg um 0,7 Prozentpunkte auf 73,2%, was leicht unter dem Durchschnitt des Zeitraums von 1993 bis 2009 liegt. Die Zinsspanne, berechnet als Zinsüberschuss im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme, blieb mit 1,14% konstant gegenüber dem Vorjahr. Die um das zinsüberschussneutrale Interbankengeschäft bereinigte Zinsspanne verringerte sich jedoch im Berichtsjahr leicht auf ein Niveau von 1,55%.

Sparkassen und Kreditgenossenschaften erzielten deutliche Zuwächse im Zinsgeschäft

Unter den Bankengruppen verzeichneten insbesondere diejenigen erneut einen Anstieg des Zinsüberschusses, für die das klassische Kredit- und Einlagengeschäft traditionell eine große Bedeutung hat. Dabei wurden sowohl bei den Sparkassen als auch bei den Kreditgenossenschaften die sinkenden Zinserträge

Ertragslage der Kreditinstitute



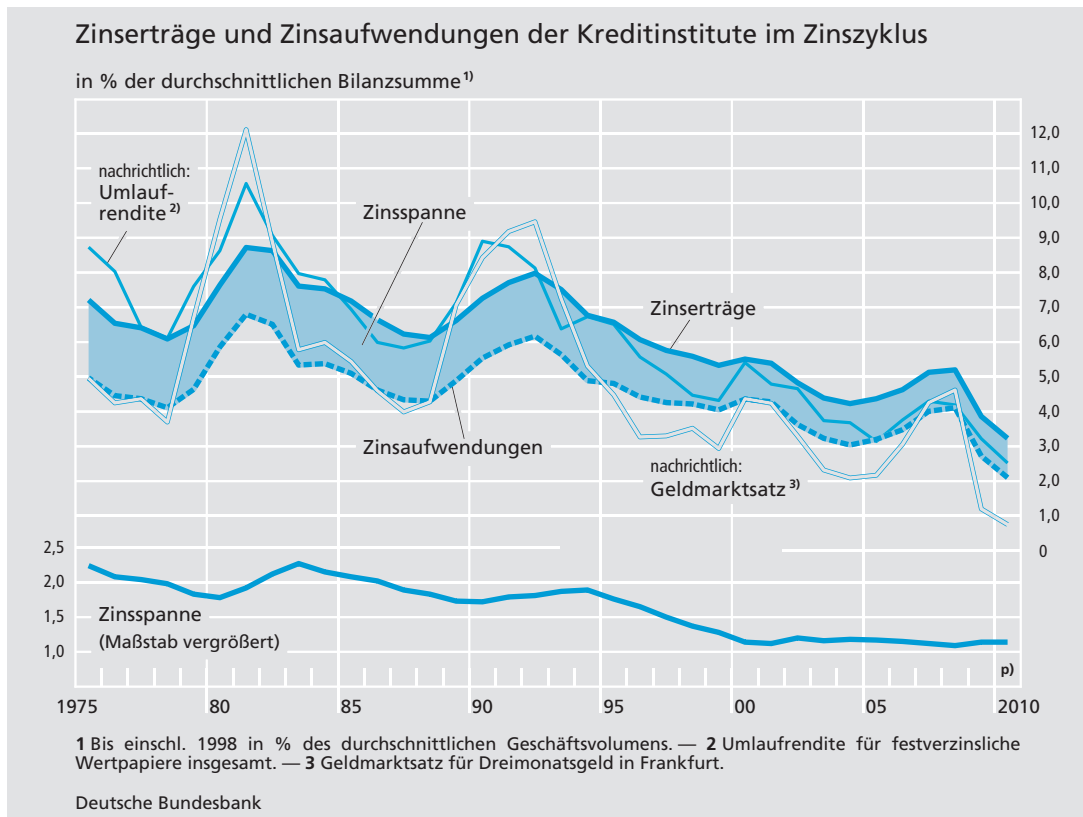
¹ Teilbetriebsergebnis zuzüglich Nettoergebnis des Handelsbestandes (bis 2009 aus Finanzgeschäften) sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen.

Deutsche Bundesbank

durch die deutlicher zurückgegangenen Zinsaufwendungen überkompensiert. Bei den Sparkassen nahm der Zinsüberschuss um 4,1% auf 23,5 Mrd € zu, der Anteil des zinsabhängigen Geschäfts an den operativen Erträgen blieb in dieser Bankengruppe mit 79,1% weitgehend auf Vorjahrsniveau. Wie schon 2009 konnten die Kreditgenossenschaften erneut eine deutliche Zunahme ihres Zinsüberschusses um 8,0% auf einen Rekordwert von 16,3 Mrd € verbuchen. Dieser wurde laut den veröffentlichten Geschäftsbe-

² Konzeptionelle Ausweisänderung durch das BilMoG: Aufgrund der geänderten Bilanzierungsregeln beim Eigenhandel werden Zinserträge und -aufwendungen sowie laufende Erträge aus Handelsaktiva und -passiva – sofern dies im Einklang mit der internen Steuerung steht – nicht mehr im Zinsergebnis, sondern im Nettoergebnis des Handelsbestandes erfasst.

³ Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Nettoergebnis des Handelsbestandes und Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen.



richten sowohl durch Volumenausweitungen im Einlagen- und Kreditgeschäft als auch durch höhere Gewinne aus der Fristentransformation erwirtschaftet. Der Anteil des Zinsüberschusses am operativen Geschäft stieg auf 78,9% an und lag damit ähnlich hoch wie bei den Sparkassen. Die Regionalbanken konnten ebenfalls ihren Zinsüberschuss um 9,9% auf 12,7 Mrd € steigern. Ähnlich wie bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken gingen ihre Zinserträge in 2010 nur in vergleichsweise geringem Maß zurück, ihre Zinsaufwendungen konnten sie jedoch laut veröffentlichten Angaben unter anderem durch eine niedrigere Verzinsung ihrer Kundeneinlagen spürbar senken.⁴⁾

Dagegen wiesen die Großbanken, die Landesbanken und die Realkreditinstitute einen

Rückgang des Zinsüberschusses aus. Bei den Großbanken nahm die Differenz von Zinsertrag und -aufwand um 7,0% auf 19,6 Mrd € ab; dahinter verbargen sich jedoch sehr heterogene Ergebnisse innerhalb der Gruppe. Der Anteil des Zinsüberschusses an den gesamten operativen Erträgen, der bei den Großbanken generell vergleichsweise gering ist, ging leicht um 2,6 Prozentpunkte auf 61,2% zurück. Obwohl die Landesbanken einen Rückgang des Zinsüberschusses um 9,1% oder 1,0 Mrd € auf 10,3 Mrd € ver-

Zinsüberschüsse der Groß- und Landesbanken rückläufig

⁴ Das Ausmaß dieses aufwandsreduzierenden Effekts wurde wohl auch dadurch begünstigt, dass laut den veröffentlichten Geschäftsberichten viele Regionalbanken, darunter insbesondere große Konsumfinanzierer, in den letzten Jahren den Anteil ihrer Refinanzierung über Kundeneinlagen merklich erhöht hatten.

buchten,⁵⁾ stieg bei ihnen der Anteil des Zinsüberschusses an den operativen Erträgen um 3,0 Prozentpunkte auf 84,4%. Dies verdeutlicht, dass die gesamten Erträge aus dem operativen Geschäft der Landesbanken stärker zurückgegangen sind als der Zinsüberschuss.

Provisionsergebnis

Provisionsüberschuss gestiegen ...

Nach rückläufigen Provisionsergebnissen in den drei vorangegangenen Jahren konnten die deutschen Banken im Geschäftsjahr 2010 erstmals wieder eine Verbesserung ausweisen.⁶⁾ Der Anstieg des Provisionsüberschusses um 1,2 Mrd € (+ 4,5%) auf 28,6 Mrd € beruhte auf höheren Provisionserträgen bei nahezu gleich gebliebenen Provisionsaufwendungen. Damit erreichte der Provisionsüberschuss einen Anteil am durchschnittlichen Bilanzvolumen in Höhe von 0,35%, nach 0,34% im Vorjahr. Die Bedeutung des Provisionsergebnisses für das operative Geschäft der deutschen Kreditinstitute – gemessen am Anteil dieser Ertragsposition an den gesamten operativen Erträgen – erhöhte sich ebenfalls leicht auf 22,7%. Das Provisionsgeschäft stellte daher nach wie vor eine wesentliche Ertragsquelle der deutschen Kreditinstitute dar. Ähnlich wie beim Zinsergebnis gilt es zu beachten, dass sich die Effekte aus der verbindlichen Erstanwendung des BilMoG auch im Provisionsergebnis niedergeschlagen haben dürften und der Vorjahresvergleich somit gewissen Einschränkungen unterliegt.

Das verbesserte Provisionsergebnis dürfte unter anderem auf die insbesondere im

Schlussquartal 2010 positive Entwicklung an den internationalen Aktienmärkten zurückzuführen gewesen sein. Nach dem massiven Einbruch im Jahr 2009 stiegen die Aktienumsätze an deutschen Börsen im vergangenen Jahr wieder um 12%, und nach zwei sehr schwachen Jahren vollzogen wieder einige Unternehmen einen Börsengang. Gleichzeitig dürfte das Provisionsergebnis im letzten Jahr aufgrund eines starken Interesses der Bankkunden an Investmentzertifikaten gestiegen sein. Allein der Erwerb von Investmentzertifikaten durch inländische Nichtbanken steigerte sich 2010 um 48,8 Mrd € auf 100,4 Mrd €.

Bis auf die Genossenschaftlichen Zentralbanken⁷⁾, die Zweigstellen ausländischer Banken und die Banken mit Sonderaufgaben wiesen alle Bankengruppen einen gestiegenen Provisionsüberschuss aus; die prozentuale Zunahme im Berichtsjahr fiel zudem über die meisten Bankengruppen hinweg relativ homogen aus. Bei den Kreditbanken, die gut

... unter anderem wegen steigender Börsenumsätze

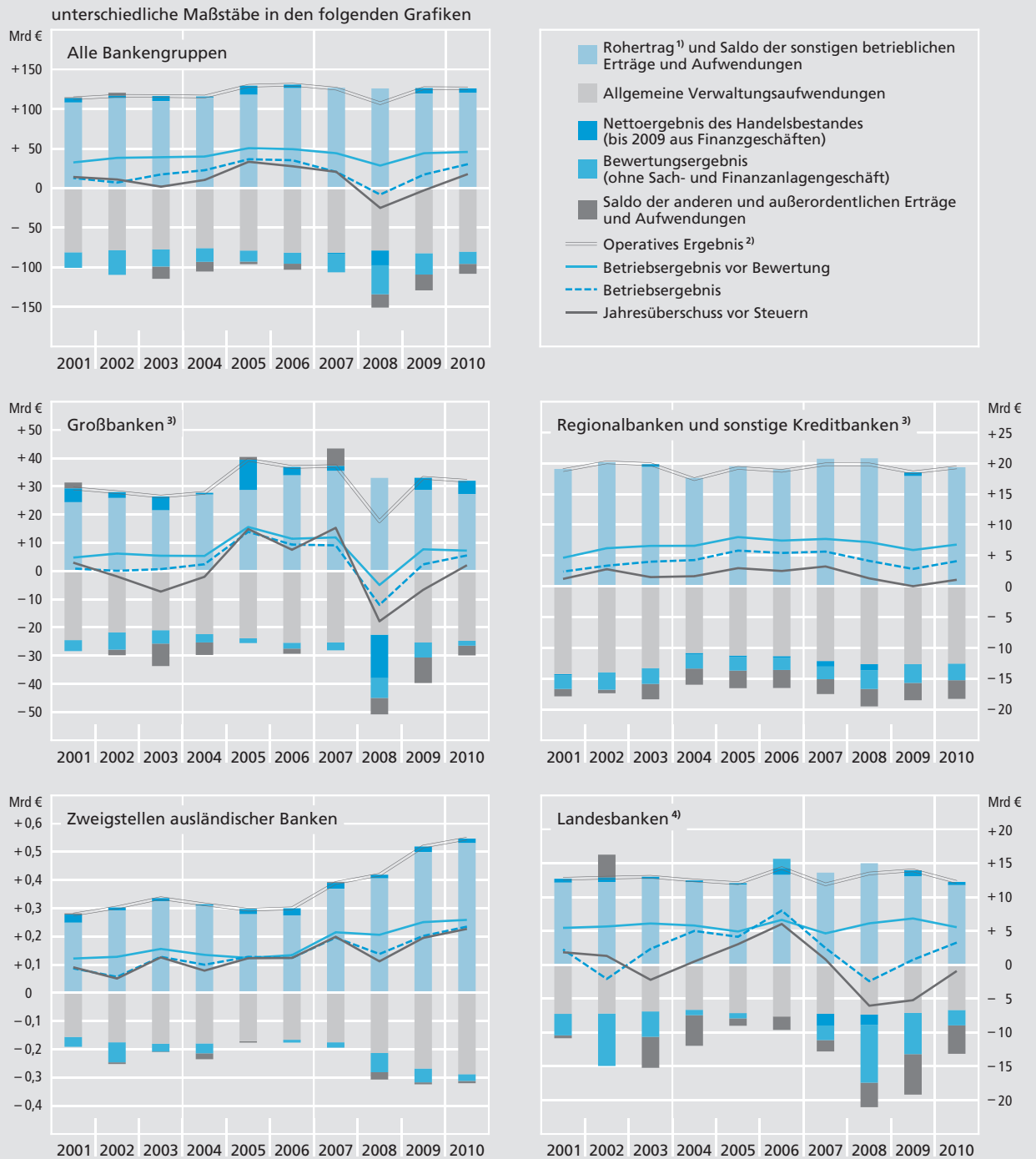
Höhere Provisionsüberschüsse bei nahezu allen Bankengruppen

⁵ Ein Teil dieser starken Reduktion des Zinsüberschusses bei den Landesbanken beruhte auf einem einmaligen Effekt im Vorjahresvergleich. In 2009 hatten einige Institute Genussrechts- und Hybridkapital nicht bedient, wobei einige von ihnen jedoch in 2010 wieder Ausschüttungen auf diese Instrumente aufwandswirksam vornahm. Dieser Sondereffekt im Jahr 2009 war auf die Erfüllung von Auflagen der EU-Kommission zurückzuführen, die im Rahmen von EU-Beihilfeverfahren infolge der Stabilisierungsmaßnahmen der Eigentümer der jeweiligen Landesbanken sowie des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) begründet wurden.

⁶ Konzeptionelle Ausweisänderung durch das BilMoG: Aufgrund der geänderten Bilanzierungsregeln beim Eigenhandel müssen Provisionsaufwendungen und -erträge im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Eigenhandelsinstrumenten nicht mehr im Provisionsergebnis, sondern zwingend im Nettoergebnis des Handelsbestandes erfasst werden.

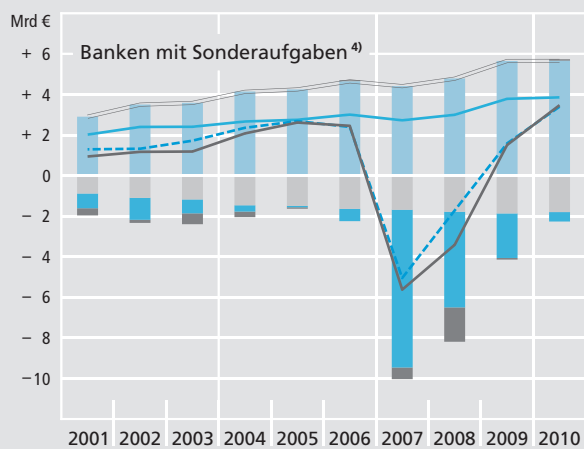
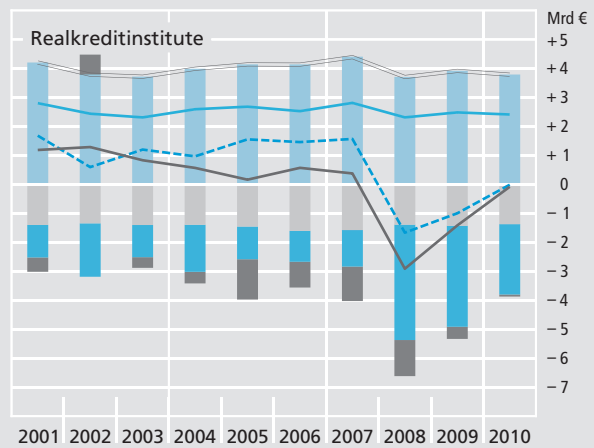
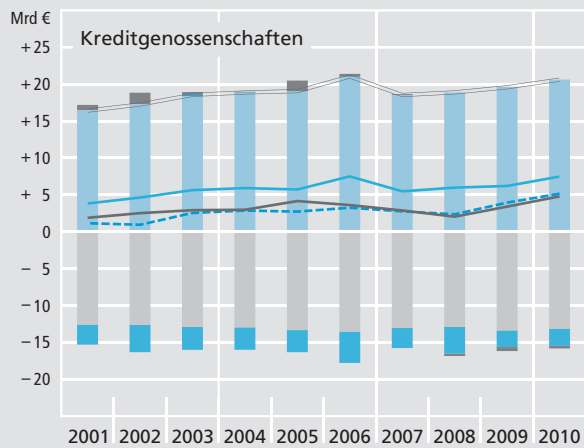
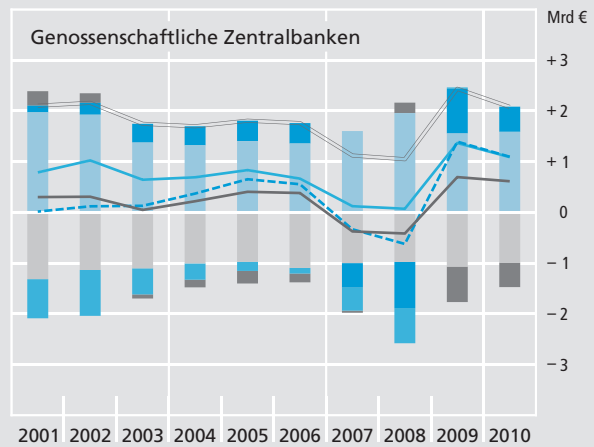
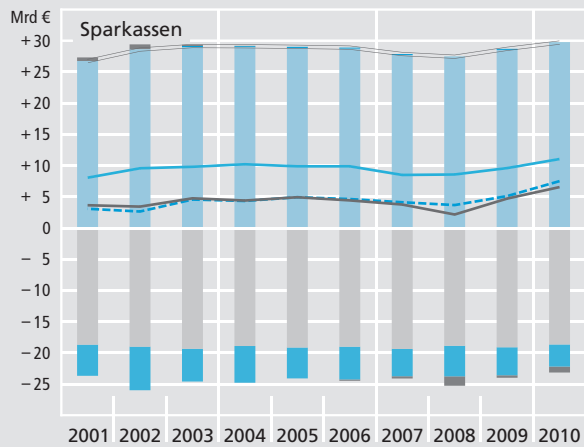
⁷ Der Rückgang bei den Genossenschaftlichen Zentralbanken beruhte laut den veröffentlichten Geschäftsberichten auf dem Wegfall von außergewöhnlich hohen Erträgen aus dem Wertpapiergeschäft im Vorjahr.

Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen *)



* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Ohne Bausparkassen, ohne Institute in Liquidation sowie ohne Institute mit Rumpfgeschäftsjahr. — 1 Summe

aus Zins- und Provisionsüberschuss. — 2 Rothertrag zuzüglich Nettoergebnis des Handelsbestandes (bis 2009 aus Finanzgeschäften) sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwen-



dungen. — 3 Ab 2004 Zuordnung der Deutschen Postbank AG zur Bankengruppe „Großbanken“. — 4 Ab 2004 Zuordnung der NRW.BANK zur Bankengruppe „Banken mit Sonderaufgaben“.

Relative Bedeutung wichtiger Ertrags- und Aufwandspositionen für einzelne Bankengruppen 2010 *)

in % der Summe der Überschüsse im operativen Geschäft

Position	Alle Banken- gruppen	Groß- banken	Regional- banken	Landes- banken	Sparkassen	Genossen- schaftliche Zentral- banken	Kredit- genossen- schaften	Realkredit- institute	Banken mit Sonder- aufgaben
Zinsüberschuss	73,2	61,2	65,5	84,4	79,1	60,5	78,9	92,7	84,1
Provisionsüberschuss	22,7	31,9	28,1	10,0	20,6	16,7	20,0	5,2	14,7
Nettoergebnis des Handels- bestandes	4,5	14,7	- 0,1	3,9	0,2	23,6	0,1	- 0,2	- 0,1
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	- 0,4	- 7,9	6,4	1,7	0,1	- 0,8	1,1	2,3	1,3
Summe aller Überschüsse im operativen Geschäft	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Allgemeine Verwaltungs- aufwendungen	- 63,7	- 77,4	- 64,9	- 54,7	- 62,8	- 47,6	- 63,7	- 36,3	- 31,8
davon:									
Personalaufwand	- 33,6	- 37,1	- 28,2	- 26,7	- 38,9	- 26,2	- 38,5	- 14,1	- 18,2
Andere Verwaltungs- aufwendungen	- 30,1	- 40,3	- 36,7	- 28,0	- 24,0	- 21,4	- 25,2	- 22,2	- 13,6
Bewertungsergebnis	- 12,3	- 5,4	- 13,9	- 18,6	- 11,9	0,3	- 11,3	- 64,1	- 8,1
Saldo der anderen und außer- ordentlichen Erträge und Aufwendungen	- 9,9	- 10,8	- 15,7	- 34,3	- 3,2	- 23,2	- 1,8	- 1,9	1,3
Nachrichtlich:									
Jahresüberschuss vor Steuern	14,1	6,4	5,5	- 7,6	22,1	29,5	23,2	- 2,3	61,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 4,1	- 1,5	- 2,8	0,8	- 8,5	0,3	- 7,9	0,4	- 1,4
Jahresüberschuss nach Steuern	10,0	4,9	2,8	- 6,8	13,6	29,8	15,4	- 1,8	60,0

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Ohne Bausparkassen, ohne Institute in Liquidation sowie ohne Institute mit Rumpfgeschäftsjahr.

Deutsche Bundesbank

55% des Provisionsüberschusses der inländischen Kreditinstitute erwirtschafteten, lag der Anstieg des Provisionsüberschusses um 4,6% in etwa im Durchschnitt aller Bankengruppen. Hier konnten die Großbanken nicht nur erneut den größten Anteil an den Überschüssen der Kreditbanken für sich verbuchen. Sie wiesen auch mit einer Steigerung von 6,8% die höchsten Wachstumsraten auf, während die Regionalbanken nur einen leichten Anstieg um 1,3% verzeichneten. Das Provisionsergebnis der Landesbanken, für die das Provisionsgeschäft eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielt, stieg leicht unterdurchschnittlich im Verhältnis zum Provisionsüberschuss aller Banken.⁸⁾ Nach zwei Jahren mit rückläufigen Provisionsüberschüssen konnten auch die Sparkassen und Kreditgenossenschaften an frühere Wachstumsraten

anknüpfen. Bei ihnen stieg diese Ertragskomponente im Geschäftsjahr 2010 um 4,5% beziehungsweise 5,7%. Auf die Provisionsüberschüsse der Sparkassen entfiel im Geschäftsjahr ein Anteil von 20,6% an den operativen Erträgen, bei den Kreditgenossenschaften belief sich diese Kennzahl zuletzt auf 20,0%. Bei beiden Bankengruppen war dieser Anteil damit in etwa so hoch wie im Vorjahr.

⁸ Die Wachstumsraten des Provisionsergebnisses der einzelnen Landesbanken weisen laut den veröffentlichten Geschäftsberichten eine große Heterogenität auf. Teilweise dürfte dies darauf zurückzuführen sein, dass sich bei einigen Landesbanken wie schon im Vorjahr Provisionsaufwendungen für im Zuge der Finanzkrise bereitgestellte Garantien durch den SoFFin negativ auf das Provisionsergebnis auswirkten. Bei anderen hingegen ist ein positiver Effekt feststellbar, weil diese Aufwendungen nur 2009, aber nicht mehr im abgelaufenen Geschäftsjahr anfielen.

Nettoergebnis des Handelsbestandes

*Eigenhandels-
gewinne trotz
Rückgangs
weiterhin hoch*

Trotz eines Rückgangs der Nettoerträge um 1,2 Mrd € konnten die deutschen Banken im Berichtsjahr einen deutlichen Gewinn im Eigenhandel mit Finanzinstrumenten und Edelmetallen in Höhe von 5,7 Mrd € ausweisen.⁹⁾ Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Gewinnrückgang im Vergleich zum Vorjahr auch spürbar durch die Zuführungen zum Sonderposten¹⁰⁾ gemäß § 340e Abs. 4 HGB innerhalb des Fonds für allgemeine Bankrisiken infolge der verbindlichen Erstanwendung des BilMoG beeinflusst gewesen sein dürfte.¹¹⁾

*Eigenhandels-
ergebnis durch
heterogene
Finanz-
markt-
entwicklungen
geprägt*

Das positive – wenngleich gegenüber dem Vorjahr reduzierte – Eigenhandelsergebnis im Jahr 2010 war laut den veröffentlichten Geschäftsberichten von spürbar heterogenen Entwicklungen in den einzelnen Finanzmarktsegmenten geprägt. So konnten die deutschen Banken gestiegene Erträge unter anderem bei strukturierten Produkten und Derivaten sowie im Aktiengeschäft erzielen. Hier dürfte neben der weltweit guten konjunkturellen Entwicklung auch der weiterhin akkommodierende geldpolitische Kurs im Euro-Raum und in anderen großen Volkswirtschaften unterstützend gewirkt haben. Angesichts der verbindlichen Erstanwendung des BilMoG ergab sich im Berichtsjahr laut den Unternehmensangaben durch die Umgliederung der im Zusammenhang mit den Handelsaktiva und -passiva stehenden Zins- und Provisionsergebnisse in das Eigenhandelsergebnis ein zusätzlicher positiver Effekt. Belastend dürften hingegen vor allem die von den Märkten für Staatsanleihen einiger Län-

der des Euro-Währungsgebiets ausgehenden Spannungen gewirkt haben.

Ein merklicher Teil des aggregierten Gewinnrückgangs im Eigenhandel ging im Berichtsjahr auf die Regionalbanken zurück, die eine spürbare Reduktion um 0,6 Mrd € und einen daraus resultierenden – wenngleich geringen – Eigenhandelsverlust (12 Mio €) ausweisen mussten.¹²⁾ Die Landesbanken und Genossenschaftlichen Zentralbanken verbuchten ebenfalls spürbare Rückgänge von 48% auf 0,5 Mrd € beziehungsweise von 44,3% auf 0,5 Mrd €. Im Fall der Landesbanken dürfte dies wie bereits im Vorjahr unter ande-

*Aggregierter
Gewinnrück-
gang vor allem
von den Regio-
nalbanken
getrieben*

9 Konzeptionelle Ausweisänderung durch das BilMoG: (1) Umbenennung der Position von Nettoergebnis aus Finanzgeschäften in Nettoergebnis des Handelsbestandes. (2) Bewertung nicht mehr zum strengen Niederwertprinzip, sondern zum beizulegenden Zeitwert abzüglich Risikoabschlag. (3) Provisionsaufwendungen und -erträge im Zusammenhang mit Eigenhandelsinstrumenten sind zwingend im Eigenhandelsergebnis und nicht mehr im Provisionsergebnis auszuweisen. (4) Laufende Erträge und Aufwendungen (Zinsen, Dividenden, usw.) aus Handelsaktiva und -passiva sind – sofern dies im Einklang mit der internen Steuerung steht – nicht mehr im Zinsergebnis, sondern im Nettoergebnis des Handelsbestandes zu erfassen. (5) Aufgrund der Einführung der antizyklisch wirkenden Risikoreserve in Form des Sonderpostens gemäß § 340e Abs. 4 HGB innerhalb des Fonds für allgemeine Bankrisiken werden Erträge aus Entnahmen und Aufwendungen durch Zuführungen, die diesen Sonderposten betreffen, im Handelsergebnis gebucht.

10 Mit dem Ausweis des Eigenhandelsergebnisses nach Zuführungen zum bzw. Entnahmen aus dem Sonderposten wird die bisher angewandte Buchungssystematik der GuV-Statistik teilweise „durchbrochen“. Bislang wurden sämtliche Zuführungen zum bzw. Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken als Gewinnverwendung und nicht als Aufwands- und Ertragskomponenten erfasst. Eine Übertragung dieser Systematik auf den Sonderposten ist derzeit jedoch nicht möglich, da die gegenwärtige Datenbasis keine verlässliche Bereinigung des Eigenhandelsergebnisses um die entsprechenden Zuführungs- bzw. Auflösungseffekte erlaubt.

11 So führte laut veröffentlichtem Geschäftsbericht die Zuführung zum Sonderposten bei einer Großbank zu einer merklichen Reduktion des Eigenhandelsgewinns im Aggregat.

12 Diese Entwicklung war jedoch laut den veröffentlichten Geschäftsberichten maßgeblich durch den Eigenhandelsverlust eines Instituts bedingt.

rem auch durch die Reduktion beziehungsweise vollständige Aufgabe der Eigenhandelsaktivitäten einiger Institute aufgrund von Auflagen im Zusammenhang mit EU-Beihilfeverfahren bedingt gewesen sein.¹³⁾ Im Gegensatz dazu konnten die Großbanken in 2010 gegenüber dem Vorjahr als einzige Bankengruppe eine Steigerung ihres Nettoertrags um 10,4% auf 4,7 Mrd € verbuchen, die jedoch laut den veröffentlichten Geschäftsberichten allein durch ein Institut bedingt war.¹⁴⁾ Für alle anderen Bankengruppen spielte der Eigenhandel im Berichtsjahr praktisch keine Rolle.

Verwaltungsaufwendungen

Verwaltungsaufwand aufgrund rückläufiger Personalaufwendungen gesunken

Nach dem bisher höchsten Wert im Jahr 2009 sank der Verwaltungsaufwand der deutschen Banken 2010 wieder merklich um 2,0 Mrd € oder 2,4% auf 80,2 Mrd €. ¹⁵⁾ Dies ist einem noch deutlicheren Rückgang des Personalaufwands um 2,7 Mrd € oder 6,0% geschuldet, da die anderen Verwaltungsaufwendungen, die im Wesentlichen Sachaufwand, Aufwendungen für externe Dienstleistungen sowie Abschreibungen auf Sachanlagen beinhalten, im Jahr 2010 um 1,9% auf 38,0 Mrd € stiegen. Laut den veröffentlichten Geschäftsberichten dürfte ein Großteil des Rückgangs des Personalaufwands im Berichtsjahr durch die verbindliche Erstanwendung des BilMoG bedingt gewesen sein, da die Zinsaufwendungen für Pensionsrückstellungen laut den neuen Regeln nicht mehr im Personalaufwand verbucht werden durften und daher zum Großteil unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen

wurden. Entlastend dürfte sich auch die erneut rückläufige Zahl der Beschäftigten in der Kreditwirtschaft (641 450 in 2010 nach 646 650 im Vorjahr) ausgewirkt haben.

13 Die Gewährung finanzieller Hilfen für einige Landesbanken während der Finanzkrise durch den SoFFin und die jeweiligen Eigentümer hatten EU-Beihilfeverfahren begründet, die unter anderem mit weitreichenden Auflagen zur Bilanzverkürzung durch eine stärkere Konzentration auf Kerngeschäftsfelder, den Verkauf von Beteiligungen und durch die Aufgabe von ganzen Geschäftsbereichen – darunter auch dem Eigenhandel – verbunden waren.

14 Gemäß den veröffentlichten Angaben dieses Instituts war allerdings ungefähr die Hälfte der Steigerung des Eigenhandelsergebnisses im Vergleich zum Vorjahr durch die Umgliederung des positiven Zinsergebnisses im Zusammenhang mit Handelsinstrumenten vom Zinsüberschuss in das Nettoergebnis des Handelsbestandes aufgrund der verbindlichen Erstanwendung des BilMoG bedingt. Alle anderen Großbanken wiesen hingegen laut veröffentlichten Geschäftsberichten einen Rückgang ihrer Eigenhandelsergebnisse im Vergleich zum Vorjahr aus, wobei jedoch – wie bereits erwähnt – bei einer Großbank Zuführungen zum Sonderposten merklich belastend wirkten.

15 Konzeptionelle Ausweisänderung durch das BilMoG: Gemäß den alten Regelungen konnten Zuführungen zu (Versorgungs- und Zinsaufwand) bzw. Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen einerseits vollständig im Personalaufwand gebucht werden (laut den veröffentlichten Geschäftsberichten scheint auch ein Großteil der Institute diese Buchungspraxis in der Vergangenheit angewendet zu haben). Andererseits bestand auch die Möglichkeit eines getrennten Ausweises, wobei die Versorgungskomponente im Personalaufwand und der Zinsanteil im Zinsergebnis gebucht wurden. Auf Grundlage der neuen HGB-Vorschriften sieht das IDW (Institut der Wirtschaftsprüfer) zukünftig einen differenzierten Ausweis vor. So ist die in der jeweiligen Periode anfallende Versorgungskomponente im Personalaufwand auszuweisen. Hingegen sind Aufwendungen und Erträge aus der Auf- und Abzinsung der Pensionsrückstellungen mit den Erträgen und Aufwendungen aus dem zu verrechnenden Deckungsvermögen zu saldieren und als Bestandteil des Finanzergebnisses zu buchen; laut den veröffentlichten Geschäftsberichten wurde dieser Saldo vornehmlich im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Bei Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes besteht die Möglichkeit, diese entweder im Personalaufwand oder im Finanzergebnis zu buchen. Gleiches gilt für laufende Erträge und Erfolgswirkungen aus Zeitwertänderungen des Deckungsvermögens, sofern diese nicht bereits mit den Aufwendungen und Erträgen aus der Auf- bzw. Abzinsung der Pensionsrückstellungen verrechnet worden sind. Das Ausweiswahlrecht für die drei genannten Komponenten darf aber nur einheitlich ausgeübt werden.

Strukturdaten der deutschen Kreditwirtschaft *)

Bankengruppe	Zahl der Institute 1)			Zahl der Zweigstellen 1)			Zahl der Beschäftigten 2)		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
Alle Bankengruppen	1 970	1 935	1 920	37 659	36 927	36 463	657 850	646 650	641 450
Kreditbanken	283	295	300	11 277	10 936	10 826	3) 189 400	3) 181 900	3) 179 000
Großbanken	5	5	4	8 536	8 213	8 132	.	.	.
Regionalbanken	173	176	180	2 656	2 620	2 583	.	.	.
Zweigstellen ausländischer Banken	105	114	116	85	103	111	.	.	.
Landesbanken	10	10	10	482	475	471	39 250	38 750	37 700
Sparkassen	438	431	429	13 457	13 266	13 025	251 400	249 600	248 150
Genossenschaftliche Zentralbanken	2	2	2	12	11	11	5 100	5 000	4 900
Kreditgenossenschaften	1 199	1 160	1 141	12 344	12 144	12 046	4) 159 250	4) 158 300	4) 158 200
Realkreditinstitute	19	18	18	56	65	54	.	.	.
Banken mit Sonderaufgaben	19	19	20	31	30	30	5) 13 450	5) 13 100	5) 13 500
Nachrichtlich: Bausparkassen	25	24	23	1 872	1 924	1 686	6) 16 400	6) 15 700	6) 15 400

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. — 1 Quelle: Bankstellenstatistik, in: Deutsche Bundesbank, Bankenstatistik, Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 104. Kreditinstitutsbegriff auf KWG bezogen, insoweit Abweichungen zu Angaben in der „Bilanzstatistik“ und der „Statistik der Gewinn- und Verlustrechnungen“. — 2 Ohne Deutsche Bundesbank; Quellen: Angaben aus Verbänden. Teilzeitbeschäftigte

nach „Köpfen“ gerechnet. — 3 Beschäftigte im privaten Bankgewerbe, einschl. der Realkreditinstitute in privater Rechtsform. — 4 Nur im Bankgeschäft hauptberuflich Beschäftigte. — 5 Beschäftigte bei öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten (Realkreditinstitute in öffentlicher Rechtsform) und bei öffentlich-rechtlichen Banken mit Sonderaufgaben. — 6 Nur im Innendienst Beschäftigte.

Deutsche Bundesbank

Heterogene
Entwicklung
zwischen den
Banken-
gruppen

Obwohl alle Bankengruppen ihre allgemeinen Verwaltungsaufwendungen insgesamt leicht bis merklich senken konnten, zeigte sich in Bezug auf die Einzelkomponenten Personalaufwand und andere Verwaltungsaufwendungen ein deutlich heterogeneres Bild beim Vergleich der Bankengruppen untereinander. Während die Sparkassen und Kreditgenossenschaften mit – 3,1% beziehungsweise – 4,1% einen verhältnismäßig moderaten Rückgang ihres Personalaufwands im Jahr 2010 verzeichneten, reduzierten fast alle anderen Bankengruppen diesen deutlich. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind bei der Mehrzahl der Bankengruppen angestiegen, wobei die Regionalbanken eine vergleichsweise starke Zunahme¹⁶⁾ auswiesen.

Saldo der sonstigen betrieblichen
Erträge und Aufwendungen

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen der deutschen Kreditinstitute nahm im Berichtsjahr spürbar um 1,1 Mrd € auf – 0,6 Mrd ab und war damit erst-

Sonstiges
betriebliches
Ergebnis
negativ

16 Laut veröffentlichtem Geschäftsbericht war diese deutliche Zunahme von 7,1% jedoch maßgeblich von den vermehrten anderen Verwaltungsaufwendungen einer einzelnen großen Regionalbank getrieben, die 3,1 Prozentpunkte zum Gesamtanstieg in dieser Bankengruppe beitrug.

mals im Zeitraum seit 1993 negativ.¹⁷⁾ Dabei sind 2010 sowohl die sonstigen betrieblichen Erträge als auch die Aufwendungen deutlich angestiegen, wobei diese Entwicklung laut den veröffentlichten Geschäftsberichten wohl auch spürbar durch die erstmalig verbindliche Anwendung des BilMoG beeinflusst wurde.

Unterschiedliche Entwicklungen zwischen den Bankengruppen

Die Kreditgenossenschaften und Landesbanken wiesen im Berichtsjahr eine spürbare Verschlechterung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses aus, die durch eine kräftige Zunahme der Aufwendungen bei nur leicht gestiegenen Erträgen bedingt war. Die Landesbanken führten hierfür in ihren Geschäftsberichten vor allem die bereits oben genannten Neuregelungen des BilMoG an. Die Großbanken mussten ebenfalls eine deutliche Verschlechterung ausweisen und buchten – wie bereits im Vorjahr – einen vergleichsweise hohen Verlust im sonstigen betrieblichen Ergebnis¹⁸⁾, der maßgeblich den aggregierten negativen Saldo¹⁹⁾ bestimmte. Dagegen konnten die Regionalbanken als einzige Bankengruppe einen spürbaren Zuwachs im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausweisen. Bei den meisten anderen Bankengruppen unterlag das sonstige betriebliche Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügigen Änderungen.

Betriebsergebnis vor Bewertung

Im Geschäftsjahr 2010 konnte die deutsche Kreditwirtschaft, nach dem spürbaren Anstieg in 2009, erneut einen leichten Zuwachs im Betriebsergebnis vor Bewertung um 1,6

Mrd € auf 45,7 Mrd € verbuchen. Die moderate Steigerung war im Wesentlichen durch reduzierte Verwaltungsaufwendungen sowie einen erhöhten Rohertrag²⁰⁾ bedingt, wodurch der Gewinnrückgang im Eigenhandel und die Verschlechterung im sonstigen betrieblichen Ergebnis überkompensiert werden konnten.

Gestiegenes Betriebsergebnis vor Bewertung durch erhöhten Rohertrag und reduzierte Verwaltungsaufwendungen

Nach Bankengruppen betrachtet konnten vor allem die Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Regionalbanken kräftige Zuwächse im Betriebsergebnis vor Bewertung verbuchen, die maßgeblich durch deutliche Steigerungen der jeweiligen Zinsüberschüsse be-

Zuwachs im Aggregat bedingt durch Verbesserung bei den im Massengeschäft tätigen Banken

17 Konzeptionelle Ausweisänderung durch das BilMoG: (1) Durch den geänderten GuV-Ausweis bei der Bildung und Auflösung von Pensionsrückstellungen müssen im Gegensatz zur alten Regelung Aufwendungen und Erträge aus der Auf- bzw. Abzinsung jetzt verpflichtend mit den Erträgen und Aufwendungen aus dem Deckungsvermögen saldiert und als Bestandteil des Finanzergebnisses ausgewiesen werden; laut den veröffentlichten Geschäftsberichten wurde dieser Saldo vornehmlich im sonstigen betrieblichen Ergebnis gebucht. In der Vergangenheit konnten Aufwendungen und Erträge aus der Auf- bzw. Abzinsung entweder im Zinsergebnis oder im Personalaufwand gebucht werden. (2) Im Rahmen der Neuregelung der Fremdwährungsumrechnung müssen Erträge und Aufwendungen im Gegensatz zur alten Regelung nicht mehr zwingend bei dem GuV-Posten berücksichtigt werden, bei dem die Bewertungsergebnisse in der Regel ausgewiesen wurden, sondern können alternativ auch im sonstigen betrieblichen Ergebnis gebucht werden. Das Ergebnis aus der Fremdwährungsumrechnung im Rahmen von Eigenhandelsgeschäften ist jedoch wie bisher im Eigenhandelsergebnis zu erfassen.

18 Der negative Saldo im sonstigen betrieblichen Ergebnis der Großbanken in Höhe von – 2,6 Mrd € war laut den veröffentlichten Geschäftsberichten auf zwei Institute zurückzuführen. Deren Verluste beruhten unter anderem auf der Bildung von Rückstellungen, Aufwendungen aus Währungsabsicherungsgeschäften im Zusammenhang mit ausländischen Filialen und Tochtergesellschaften, Nettoaufwendungen aus Geschäften mit Waren und Warentermingeschäften mit physischer Lieferung sowie auf Kosten aus Kapitalerhöhungen.

19 So buchten im Berichtsjahr neben den Großbanken nur noch die Genossenschaftlichen Zentralbanken einen Verlust im sonstigen betrieblichen Ergebnis, der jedoch mit einer Höhe von 17 Mio € für das aggregierte Ergebnis vernachlässigbar klein war.

20 Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss.

dingt waren. Im Gegensatz dazu mussten die Landesbanken, Großbanken und Genossenschaftlichen Zentralbanken zum Teil deutliche Rückgänge im Betriebsergebnis vor Bewertung ausweisen. Bei den Groß- und Landesbanken war hierfür eine ausgeprägte Verringerung des Zinsüberschusses, bei den Genossenschaftlichen Zentralbanken vor allem das gesunkene Eigenhandelsergebnis verantwortlich. Allerdings konnten diese drei Gruppen die Verschlechterung im Betriebsergebnis vor Bewertung durch rückläufige Verwaltungsaufwendungen zumindest teilweise kompensieren. Bei den Realkreditinstituten und Banken mit Sonderaufgaben stabilisierte sich das Betriebsergebnis vor Bewertung mehr oder weniger auf dem Niveau des Vorjahres.

Gestiegene
Kosteneffizienz

Insgesamt konnten die deutschen Kreditinstitute im Jahr 2010 ihre Kosteneffizienz steigern. So ging das Verhältnis von Verwaltungsaufwendungen zur Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss um 2,8 Prozentpunkte auf 66,4% zurück. Die Aufwand/Ertrag-Relation bezogen auf die gesamten Erträge aus dem operativen Geschäft nahm ebenfalls um 1,4 Prozentpunkte auf 63,7% ab. Lediglich bei den Landesbanken und den Großbanken lagen beide Kennziffern 2010 merklich beziehungsweise leicht über dem Vorjahrsniveau. Allerdings gilt auch hier, dass die Veränderungen zum Vorjahr durch die BilMoG-Neuregelungen beeinflusst gewesen sein dürften.

Aufwand/Ertrag-Relation nach Bankengruppen *)

Bankengruppe	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen in Relation		
	2008	2009	2010
zum Rohertrag ¹⁾			
Alle Bankengruppen	65,4	69,2	66,4
Kreditbanken	68,6	79,8	77,8
Großbanken	71,2	82,8	83,1
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	64,5	74,8	69,3
Zweigstellen ausländischer Banken	56,6	69,6	68,7
Landesbanken	51,4	56,7	57,9
Sparkassen	70,2	67,2	63,0
Genossenschaftliche Zentralbanken	51,7	69,1	61,6
Kreditgenossenschaften	74,9	70,6	64,5
Realkreditinstitute	38,4	36,8	37,1
Banken mit Sonderaufgaben	37,9	33,2	32,2
zu den Erträgen aus dem operativen Bankgeschäft ²⁾			
Alle Bankengruppen	73,4	65,1	63,7
Kreditbanken	93,6	73,4	72,5
Großbanken	128,2	76,8	77,4
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	63,8	68,1	64,9
Zweigstellen ausländischer Banken	50,8	51,6	52,7
Landesbanken	54,6	51,0	54,7
Sparkassen	68,8	66,6	62,8
Genossenschaftliche Zentralbanken	93,1	43,9	47,6
Kreditgenossenschaften	68,3	68,3	63,7
Realkreditinstitute	37,6	36,6	36,3
Banken mit Sonderaufgaben	37,3	33,0	31,8

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Ohne Bausparkassen, ohne Institute in Liquidation sowie ohne Institute mit Rumpfgeschäftsjahr.— 1 Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss.— 2 Rohertrag zuzüglich Nettoergebnis des Handelsbestandes / aus Finanzgeschäften (bis 2009) sowie Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen.

Deutsche Bundesbank

Bewertungsergebnis und Betriebsergebnis

Netto-Bewertungsaufwand erneut erheblich reduziert

Im Jahr 2010 verringerte sich der Netto-Bewertungsaufwand der deutschen Kreditinstitute für Wertpapiere der Liquiditätsreserve, Forderungen und Kredite weiter erheblich um 11,5 Mrd € auf 15,4 Mrd €, nachdem er in den Jahren 2007 und 2008 massiv gestiegen und im Folgejahr kräftig gefallen war.²¹⁾ Damit lag die Risikovorsorge im Berichtsjahr erstmals seit 2006 wieder unter dem langjährigen Durchschnitt von 1993 bis 2009. Auf die Bilanzsumme bezogen sank der Netto-Bewertungsaufwand ebenfalls deutlich auf 0,19%, nach 0,34% in 2009. Neben den im Bewertungsergebnis erfassten Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen wurde ferner dem Fonds für allgemeine Bankrisiken (gemäß § 340g HGB) im Berichtsjahr mit per saldo 6,1 Mrd € der im langjährigen Vergleich von 1993 bis 2009 zweithöchste Jahresbetrag zugewiesen. Diese Mittel mindern in der hier vorliegenden Ertragsanalyse jedoch nicht den Jahresüberschuss, sondern werden der Gewinnverwendung im Rahmen der Rücklagenbildung zugerechnet.²²⁾

Risikovorsorge in nahezu allen Bankengruppen rückläufig

Mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften und der Genossenschaftlichen Zentralbanken, deren Risikovorsorge nahezu unverändert blieb, verzeichneten alle Bankengruppen einen Rückgang ihrer Netto-Bewertungsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr. Die Reduktion im Aggregat beruhte vor allem auf dem verringerten Netto-Bewertungsaufwand bei den Großbanken (– 3,6 Mrd €), Landesbanken (– 3,8 Mrd €), Realkreditinstituten

(– 1,1 Mrd €) und Banken mit Sonderaufgaben (– 1,7 Mrd €).²³⁾

Das Bewertungsergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve dürfte laut veröffentlichten Geschäftsberichten zu einer deutlichen Reduktion des gesamten Netto-Bewertungsaufwands beigetragen haben. Offenbar war der Gesamteffekt der sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Finanzmärkten auf das Bewertungsergebnis im Berichtsjahr positiv. So konnten die deutschen Banken vor allem durch Veräußerungsgewinne und Zuschreibungen Erträge verbuchen, die sich zum Teil in ausgeglichenen Bewertungsergebnissen oder sogar in Nettoerträgen aus dem Wertpapiergeschäft widerspiegeln. Hierbei dürfte auch eine bedeutende Rolle gespielt haben, dass sich die Abschreibungen auf festverzinsliche Wertpapiere im Bestand der inländischen Kreditinstitute, die teilweise in das Bewertungsergebnis einfließen, weiter reduzierten. Mit – 37,7% gegenüber dem

Rückgang der Risikovorsorge durch günstige Bedingungen in einzelnen Finanzmarktsegmenten ...

²¹ Innerhalb dieser Position machten die jeweiligen Institute bereits von der nach § 340f Abs. 3 HGB zulässigen Überkreuzkompensation Gebrauch.

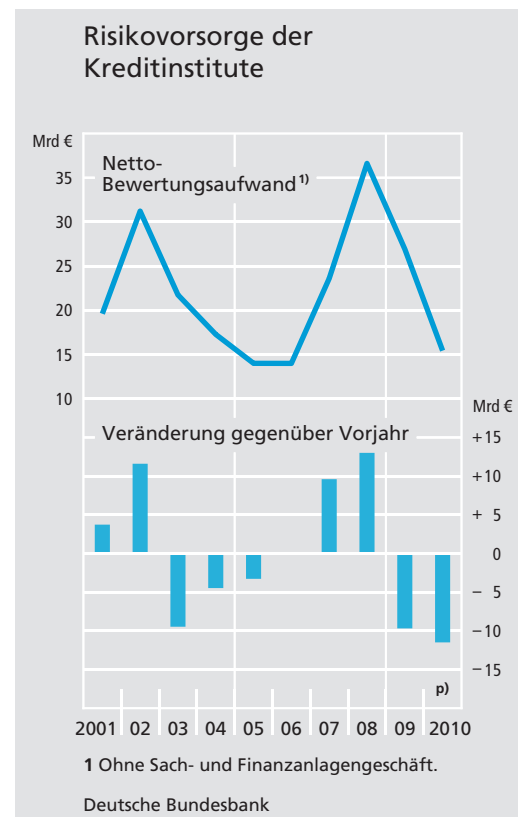
²² In den hier erwähnten Nettozuführungen sind jedoch – wie bereits oben ausgeführt – die Nettozuführungen zum Sonderposten gemäß § 340e Abs. 4 HGB nicht enthalten.

²³ Innerhalb der Gruppen der Groß- und Landesbanken konnten die meisten Institute laut den veröffentlichten Geschäftsberichten prozentual eine ähnliche Verbesserung ihres Bewertungsergebnisses realisieren; bei den Banken mit Sonderaufgaben war die Entwicklung dagegen heterogener. Laut den veröffentlichten Geschäftsberichten wiesen zwei Institute aus diesen Bankengruppen sogar ein positives Bewertungsergebnis (Nettoertrag) auf. Bei den Realkreditinstituten war die Verbesserung der Gruppe maßgeblich durch eine starke Minderung des Netto-Bewertungsaufwands eines großen Instituts bedingt. Allerdings stand dieser auch eine spürbare Erhöhung der Risikovorsorge eines anderen Instituts gegenüber; die Risikovorsorge dieses Instituts machte laut den veröffentlichten Geschäftsberichten rd. drei Fünftel der gesamten Risikovorsorge der Realkreditinstitute im Jahr 2010 aus.

Vorjahr lag die Abschreibungssumme im Berichtsjahr weit unter dem Vorkrisenniveau. Diesen positiven Effekten standen laut den veröffentlichten Geschäftsberichten aber auch zum Teil erhöhte Belastungen unter anderem durch die Spannungen an den Märkten für Staatsanleihen einiger Länder des Euro-Währungsgebiets und des damit verbundenen Abwertungsdruckes auf den Euro gegenüber, die für sich genommen die Risikovorsorge bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve erhöht haben dürften.

... und
Belebung der
Realwirtschaft
bedingt

Deutlich positive Impulse auf die Ertragslage gingen im Berichtsjahr auch von einer merklichen Reduktion der Risikovorsorge im Kreditgeschäft aus, die hauptsächlich auf die breit angelegte Erholung der Weltwirtschaft²⁴⁾ von der globalen Rezession in 2009 und insbesondere auf die gute inländische konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen war. So gaben viele Banken an, dass die tatsächlich in 2010 gebildete Risikovorsorge im Kreditgeschäft aufgrund der überraschend schnellen Erholung der Realwirtschaft zum Teil weit unter den ursprünglichen Erwartungen lag. Das deutlich aufgehellte Kreditumfeld mit verbesserter Schuldnerbonität, vor allem bei den Unternehmen, spiegelte sich unter anderem auch in der Entwicklung der Insolvenzen im Inland in 2010 wider:²⁵⁾ So hat zwar die Anzahl der Insolvenzen insgesamt um 3,4% zugenommen,²⁶⁾ das Gesamtvolumen der problembehafteten Forderungen ging jedoch spürbar von 85,0 Mrd € auf 39,0 Mrd € zurück. Vor allem die zweifelhaften Forderungen im Zusammenhang mit Unternehmensinsolvenzen lagen 2010 mit 26,6 Mrd € nur noch bei 36% des Vorjahrswertes,²⁷⁾ während sich die zweifelhaften Forderungen der übrigen Schuldner und der Verbraucher leicht um 4,1% auf 12,4 Mrd € beziehungsweise um 8,2% auf 6,3 Mrd € erhöhten.



tes,²⁷⁾ während sich die zweifelhaften Forderungen der übrigen Schuldner und der Verbraucher leicht um 4,1% auf 12,4 Mrd € beziehungsweise um 8,2% auf 6,3 Mrd € erhöhten.

Obwohl im Berichtsjahr laut den veröffentlichten Geschäftsberichten in der Vergangen-

24 So stieg das reale Bruttoinlandsprodukt in 2010 in Deutschland um 3,7%, in der EU (EU 27 inkl. Deutschland) um 1,8%, in den USA um 2,3%, in Japan um 4,0% und in allen OECD-Ländern insgesamt um 2,7%.

25 Vgl. hierzu: Statistisches Bundesamt, Unternehmen und Arbeitsstätten, Fachserie 2, Reihe 4.1, Insolvenzverfahren Dezember und Jahr 2009, März 2010, sowie Insolvenzverfahren Dezember und Jahr 2010, März 2011.

26 Dahinter standen ein Rückgang der Unternehmensinsolvenzen um 2,1% und ein Anstieg der Verbraucherinsolvenzen um 7,6%.

27 Der hohe Bestand an problembehafteten Forderungen in 2009 war vor allem durch zahlreiche Großinsolvenzen in den Wirtschaftsbereichen Touristik, Handel, Bekleidung und Textilherstellung, Automobilzulieferer, Schiffsbau und im Halbleiterbereich bedingt gewesen.

Ertragslage der Bankengruppen in den Jahren 2009/2010 im Überblick *)

Mio €

Bankengruppe	Betriebsergebnis vor Bewertung ¹⁾		Betriebsergebnis ²⁾		Jahresüberschuss vor Steuern ³⁾	
	2009	2010	2009	2010	2009	2010
Alle Bankengruppen	44 091 (0,55)	45 691 (0,56)	17 161 (0,21)	30 252 (0,37)	- 2 815 (- 0,04)	17 751 (0,22)
Kreditbanken	13 828 (0,51)	14 272 (0,50)	5 386 (0,20)	9 840 (0,35)	- 6 474 (- 0,24)	3 336 (0,12)
Großbanken	7 676 (0,40)	7 222 (0,35)	2 350 (0,12)	5 508 (0,27)	- 6 691 (- 0,35)	2 039 (0,10)
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	5 901 (0,77)	6 791 (0,90)	2 834 (0,37)	4 097 (0,55)	22 (0,00)	1 070 (0,14)
Zweigstellen ausländischer Banken	251 (0,66)	259 (0,78)	202 (0,53)	235 (0,70)	195 (0,52)	227 (0,68)
Landesbanken	6 832 (0,43)	5 538 (0,37)	736 (0,05)	3 268 (0,22)	- 5 241 (- 0,33)	- 929 (- 0,06)
Sparkassen	9 596 (0,90)	11 048 (1,03)	5 112 (0,48)	7 510 (0,70)	4 710 (0,44)	6 554 (0,61)
Genossenschaftliche Zentralbanken	1 368 (0,52)	1 090 (0,42)	1 395 (0,53)	1 097 (0,42)	696 (0,26)	614 (0,23)
Kreditgenossenschaften	6 201 (0,92)	7 479 (1,07)	3 943 (0,58)	5 156 (0,74)	3 404 (0,50)	4 790 (0,69)
Realkreditinstitute	2 481 (0,31)	2 408 (0,30)	- 1 000 (- 0,12)	- 15 (- 0,00)	- 1 419 (- 0,18)	- 86 (- 0,01)
Banken mit Sonderaufgaben	3 785 (0,42)	3 856 (0,42)	1 589 (0,18)	3 396 (0,37)	1 509 (0,17)	3 472 (0,38)

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Ohne Bausparkassen, ohne Institute in Liquidation sowie ohne Institute mit Rumpfgeschäftsjahr. Werte in Klammern in % der durchschnittlichen Bilanzsumme. — **1** Zins- und Provisionsüberschuss abzüglich Allgemeine Verwaltungsaufwendungen zuzüglich Nettoergebnis des Handelsbestandes / aus

Finanzgeschäften (2009) und Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen. — **2** Betriebsergebnis vor Bewertung zuzüglich Bewertungsergebnis (ohne Sach- und Finanzanlagegeschäft). — **3** Betriebsergebnis zuzüglich Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen.

Deutsche Bundesbank

heit gebildete Pauschalwertberichtigungen im Kreditgeschäft vielfach wieder aufgelöst werden konnten, stockten einige Institute nach eigenen Angaben ihre Vorsorge für künftige mögliche Risiken wieder auf. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere das Immobilienfinanzierungsgeschäft in einigen Ländern innerhalb und außerhalb des Euro-Währungsgebiets genannt, das – wie bereits im Vorjahr – durch eine steigende Anzahl von Kreditausfällen und durch den Wertverfall von Sicherheiten infolge fallender Immobilienpreise belastet wurde.

Aufgrund des deutlichen Rückgangs des Netto-Bewertungsaufwands im Berichtsjahr fiel die Verbesserung des Betriebsergebnisses nach Bewertung erheblich stärker aus als der Zuwachs im Betriebsergebnis vor Bewertung.

Nach einem negativen Wert in 2008 und einer spürbaren Erholung im Folgejahr hat das Betriebsergebnis nach Bewertung im Aggregat in 2010 weiter zugenommen (+ 13,1 Mrd €) und lag mit 30,3 Mrd € wieder deutlich über dem Durchschnitt der Jahre 1993 bis 2009 (19,3 Mrd €).

Diese positive Entwicklung beim Betriebsergebnis nach Bewertung betraf nahezu alle Bankengruppen. Lediglich die Genossenschaftlichen Zentralbanken konnten ihr Ergebnis aus 2009 nicht halten. Auch im längerfristigen Vergleich – bezogen auf den Zeitraum 1993 bis 2009 – lag das Betriebsergebnis nach Bewertung bei fast allen Bankengruppen über dem jeweiligen längerfristigen Durchschnitt. Die einzige Ausnahme bildeten wegen ihrer im Berichtsjahr immer

... bei fast allen Bankengruppen

Deutliche Verbesserung des Betriebsergebnisses ...

Aufgliederung der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen *)

Mio €			
Position	2008	2009	2010
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	- 16 863	- 19 976	- 12 501
Erträge (insgesamt)	7 195	3 279	8 890
aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	1 761	1 093	1 632
aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	121	37	0
aus Verlustübernahme	1 705	879	1 180
Außerordentliche Erträge	3 608	1 270	6 078
Aufwendungen (insgesamt)	24 058	23 255	21 391
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	15 288	9 621	4 014
aus Verlustübernahme	3 318	3 750	3 943
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	30	23	0
Außerordentliche Aufwendungen	1 938	6 620	10 360
Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	3 484	3 241	3 074

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Ohne Bausparkassen,

ohne Institute in Liquidation sowie ohne Institute mit Rumpfgeschäftsjahr.

Deutsche Bundesbank

noch vergleichsweise hohen Risikovorsorge die Realkreditinstitute.²⁸⁾

Andere und außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Trotz Reduktion der Nettoverluste hohe Belastungen durch die „außerordentliche Rechnung“

Die „außerordentliche Rechnung“ belastete die Ertragslage im Geschäftsjahr 2010 – wie bereits in den beiden Vorjahren – deutlich, wenngleich die Nettoaufwendungen spürbar geringer ausfielen. So konnten im Vergleich zum Vorjahr die Nettoverluste um 7,5 Mrd € auf 12,5 Mrd € reduziert werden. Hierfür war hauptsächlich ein deutlicher Rückgang der Nettoaufwendungen im Finanzanlagegeschäft um 6,1 Mrd € auf 2,4 Mrd € verantwortlich. Ebenfalls entlastend wirkte die Reduktion des Saldos der außerordentlichen Er-

träge und Aufwendungen im engeren Sinne²⁹⁾ um 1,0 Mrd € auf – 4,3 Mrd €, in der sich im Berichtsjahr jedoch laut den veröffentlichten Geschäftsberichten auch die Sondereffekte aus der Erstanwendung des BilMoG widerspiegeln. Die Netto-Verlustübernahmen und die Aufwendungen aus ab-

²⁸ Laut den veröffentlichten Geschäftsberichten war das Betriebsergebnis nach Bewertung der Realkreditinstitute in 2010 in Höhe von –15 Mio € maßgeblich durch die negativen Ergebnisse weniger Institute geprägt, die größtenteils auch für die hohe Risikovorsorge der Bankengruppe verantwortlich waren.

²⁹ Auswirkungen durch das BilMoG: In den außerordentlichen Aufwendungen und Erträgen im engeren Sinne sind laut den Übergangsregelungen zum BilMoG alle aus der Erstanwendung des BilMoG entstandenen Aufwendungen und Erträge zu buchen.

geführten Gewinnen unterlagen hingegen nur geringfügigen Veränderungen.³⁰⁾

Reduktion der Verluste insbesondere bei Groß- und Landesbanken

Die Reduktion der aggregierten Nettoaufwendungen in der „außerordentlichen Rechnung“ im Vergleich zum Vorjahr war maßgeblich durch die Verminderung der Nettoverluste der Großbanken (um 5,6 Mrd € auf 3,5 Mrd €), der Landesbanken (um 1,8 Mrd € auf 4,2 Mrd €) und – wenngleich in deutlich geringerem Ausmaß – der Genossenschaftlichen Zentralbanken, Kreditgenossenschaften und Realkreditinstitute bedingt. Bei den Großbanken waren hierfür im Wesentlichen eine ausgeprägte Verringerung der Abschreibungen im Finanzanlagengeschäft und der Wegfall der hohen außerordentlichen Nettoaufwendungen im engeren Sinne aus dem Vorjahr verantwortlich. Diesen positiven Effekten stand allerdings ein Anstieg der Nettoverlustübernahmen gegenüber. Bei den Landesbanken war die Abnahme der Nettoverluste ebenfalls vor allem durch eine deutliche Verminderung der Belastungen aus dem Finanzanlagengeschäft bedingt. Allerdings wurden diese Entlastungen durch einen merklichen Anstieg der außerordentlichen Nettoaufwendungen im engeren Sinne teilweise kompensiert.³¹⁾ Die Verringerung der Nettoaufwendungen der Genossenschaftlichen Zentralbanken und der Kreditgenossenschaften resultierte zum größten Teil aus deutlich verminderten Abschreibungen im Finanzanlagengeschäft. Bei den Realkreditinstituten wirkte hingegen die Umkehr von Nettoaufwendungen in Nettoerträge aus Verlustübernahmen im Vergleich zum Vorjahr aufwandsmindernd. Die Reduktion der aggregierten Nettoverluste in der „außer-

ordentlichen Rechnung“ wurde zudem durch die – ebenfalls vergleichsweise geringe – Verbesserung des Saldos der Banken mit Sonderaufgaben getragen, die als einzige Bankengruppe aufgrund einer spürbaren Verbesserung im Finanzanlagengeschäft eine Umkehr des Nettoverlustes aus dem Vorjahr in einen geringen Nettoertrag buchen konnten.

Diesen verlustmindernden Effekten standen erhöhte Nettoverluste in der „außerordentlichen Rechnung“ der Sparkassen (um 0,6 Mrd € auf 1,0 Mrd €) sowie der Regionalbanken (um 0,2 Mrd € auf 3,0 Mrd €) gegenüber. In beiden Bankengruppen waren hierfür gestiegene außerordentliche Nettoaufwendungen im engeren Sinne verantwortlich. Bei den Sparkassen wirkten zudem erhöhte Abschreibungen im Finanzanlagengeschäft im Vergleich zum Vorjahr aufwandssteigernd.

Erhöhung der Nettoverluste bei Sparkassen und Regionalbanken

30 Konzeptionelle Ausweisänderung durch das BilMoG: Die GuV-Positionen „Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil“ und „Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil“, die bis 2009 gesondert in der „außerordentlichen Rechnung“ enthalten waren, wurden mit der Einführung des BilMoG gestrichen.

31 Trotz der deutlichen Verringerung der Nettoverluste waren die Groß- und Landesbanken – zusammen mit den Regionalbanken, die jedoch traditionell hohe Nettoaufwendungen aufgrund von Gewinnabführungen ausweisen – wie bereits in 2009 maßgeblich für den hohen aggregierten Gesamtverlust in der „außerordentlichen Rechnung“ verantwortlich. Laut den veröffentlichten Geschäftsberichten waren diese Verluste zudem – wie bereits im Vorjahr – in beiden Bankengruppen von den Ergebnissen einzelner Institute geprägt. So konzentrierten sich bei den Großbanken die Nettoverluste aufgrund einer hohen Verlustübernahme bei einer Tochtergesellschaft auf ein Institut. Bei den Landesbanken gingen die Verluste ebenfalls zu einem großen Teil auf ein Institut zurück, das hohe außerordentliche Nettoaufwendungen im engeren Sinne aufgrund einer Übertragung nicht strategienotwendiger Geschäftsbereiche auf eine bundesrechtliche Abwicklungsanstalt verbuchte.

Eigenkapitalrentabilität einzelner Bankengruppen *)

%										
Bankengruppe	2006		2007		2008		2009		2010	
Alle Bankengruppen	9,35	(7,51)	6,57	(4,66)	- 7,70	(- 8,11)	- 0,83	(- 1,98)	5,17	(3,65)
Kreditbanken	11,23	(9,12)	19,13	(15,61)	- 15,49	(- 15,05)	- 5,82	(- 5,67)	3,00	(2,01)
darunter:										
Großbanken	14,01	(12,27)	25,97	(21,64)	- 25,30	(- 23,74)	- 9,10	(- 8,11)	2,88	(2,19)
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	6,99	(4,43)	8,51	(6,35)	3,81	(2,14)	0,06	(- 1,32)	2,76	(1,38)
Landesbanken	11,40	(9,73)	1,46	(0,94)	- 11,07	(- 12,22)	- 8,18	(- 8,53)	- 1,47	(- 1,31)
Sparkassen	8,94	(4,95)	7,24	(4,21)	4,00	(2,12)	8,48	(4,44)	11,37	(6,99)
Genossenschaftliche Zentralbanken	4,49	(9,51)	- 4,03	(2,94)	- 4,40	(1,50)	7,24	(7,62)	5,77	(5,83)
Kreditgenossenschaften	11,04	(8,51)	8,14	(5,16)	5,53	(3,98)	8,96	(5,04)	12,13	(8,02)
Realkreditinstitute	2,83	(1,85)	1,89	(1,06)	- 15,49	(- 15,98)	- 8,33	(- 9,29)	- 0,50	(- 0,40)

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Ohne Bausparkassen, ohne Institute in Liquidation sowie ohne Institute mit Rumpfgeschäftsjahr. Jahresüberschuss vor Steuern (in

Klammer: nach Steuern) in % des durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapitals (einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken, jedoch ohne Genussrechtskapital).

Deutsche Bundesbank

Jahresüberschuss, Steuern vom Einkommen und vom Ertrag, Bilanzgewinn

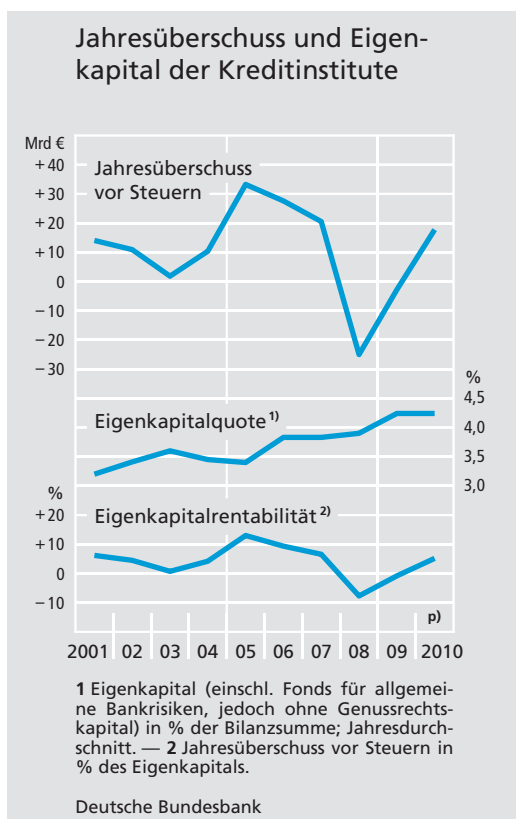
Kräftige Verbesserung der Ertragsentwicklung im Aggregat, ...

Aufgrund des deutlich verbesserten Betriebsergebnisses und der spürbar reduzierten Verluste aus der „außerordentlichen Rechnung“ konnten die deutschen Kreditinstitute in 2010 einen gegenüber dem Vorjahr kräftig um 20,6 Mrd € auf 17,8 Mrd € gestiegenen Jahresüberschuss vor Steuern verbuchen. Gemessen an der längerfristigen Profitabilitätsentwicklung zeichnete sich damit im Berichtsjahr wieder eine Tendenz zur Normalisierung der Ertragslage im Aggregat ab. So näherten sich die aggregierte Gesamt- und Eigenkapitalrendite – jeweils vor Steuern – mit Werten von 0,22% beziehungsweise 5,17% wieder deutlich ihren längerfristigen Durchschnitts-

werten von 0,27% beziehungsweise 8,06% – bezogen auf den Zeitraum 1994 bis 2009 – an. Der Jahresüberschuss vor Steuern lag sogar spürbar über dem entsprechenden längerfristigen Mittelwert (15,1 Mrd €).

Trotz einer größtenteils kräftigen Verbesserung der Jahresergebnisse vor Steuern über nahezu alle Bankengruppen hinweg verbarg sich hinter dem aggregierten Ergebnis – wie bereits im Vorjahr – eine merkliche Spreizung der Jahresergebnisse der einzelnen Bankengruppen. Kräftige Gewinnsteigerungen vor Steuern im Vergleich zum Vorjahr verbuchten die Banken mit Sonderaufgaben (3,4 Mrd €,

... jedoch merkliche Spreizung der Jahresergebnisse zwischen und innerhalb der einzelnen Bankengruppen



nach 1,5 Mrd €³²⁾, die Sparkassen (6,6 Mrd €, nach 4,7 Mrd €), die Kreditgenossenschaften (4,8 Mrd €, nach 3,4 Mrd €) und die Regionalbanken³³⁾ (1,1 Mrd €, nach 22 Mio €). Im Gegensatz dazu konnten von den Bankengruppen, die im Vorjahr Verluste vor Steuern auswiesen, nur die Großbanken – mit der über alle Bankengruppen hinweg betragsmäßig höchsten Steigerung des Jahresergebnisses – im Berichtsjahr wieder Gewinne realisieren (2,0 Mrd €, nach – 6,7 Mrd €); diese Entwicklung war laut den veröffentlichten Geschäftsberichten im Wesentlichen durch eine deutliche Reduktion der Verluste eines Instituts im Vergleich zum Vorjahr bedingt. Die Landesbanken hingegen mussten trotz einer ebenfalls kräftigen Verbesserung ihres Jahresergebnisses erneut einen spürbaren Verlust verbuchen (– 0,9

Mrd €, nach – 5,2 Mrd €), der laut den veröffentlichten Geschäftsberichten auf zwei Institute zurückzuführen war. Auch die Realcreditinstitute verbesserten ihr Jahresergebnis im Vergleich zum Vorjahr deutlich, wiesen jedoch wie bereits im Vorjahr einen – wenn gleich geringen – Verlust aus (– 86 Mio €, nach – 1,4 Mrd €).³⁴⁾ Nur die Genossenschaftlichen Zentralbanken verbuchten im Berichtsjahr als einzige Bankengruppe eine Reduktion ihres Jahresüberschusses im Vergleich zum Vorjahr (614 Mio €, nach 696 Mio €).

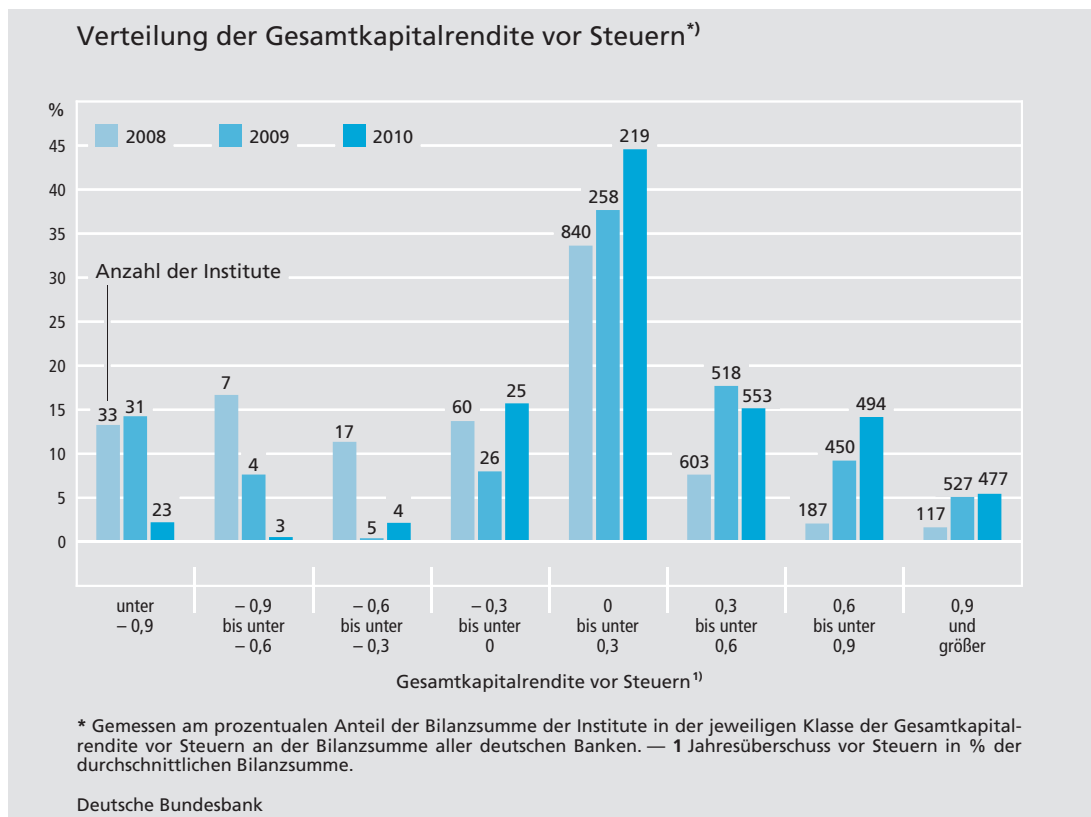
Die trotz der breit angelegten Verbesserung beobachtbare Heterogenität der Jahresergebnisse zwischen und innerhalb der einzelnen Bankengruppen spiegelte sich auch in entsprechenden Veränderungen der Verteilung der Gesamtkapitalrendite vor Steuern wider. So kam die allgemeine Verbesserung der Jahresergebnisse im Vergleich zum Vorjahr in einer „Rechtsverschiebung“ der Verteilung zum Ausdruck. Diese zeigte sich zum einen in einer Zunahme der relativen Größen aller Rentabilitätsklassen mit positiver Gesamtkapitalrendite – mit Ausnahme der Klasse 0,3% bis unter 0,6% – und zum anderen in einer

Heterogenität zeigt sich auch in der Verteilung der Gesamtkapitalrendite

³² Der Gewinnzuwachs vor Steuern der Banken mit Sonderaufgaben ging laut den veröffentlichten Geschäftsberichten im Wesentlichen auf einen im Vergleich zum Vorjahr ausgeprägten Anstieg des Jahresüberschusses eines Instituts sowie auf eine spürbare Reduktion des Jahresfehlbetrages eines anderen Instituts zurück.

³³ Hinter dieser Verbesserung standen laut den veröffentlichten Geschäftsberichten aber auch Jahresfehlbeträge einiger Institute, wobei allerdings der Verlust eines Instituts dominierte.

³⁴ Die Reduktion des Jahresfehlbetrages bei den Realcreditinstituten wurde laut den veröffentlichten Geschäftsberichten unter anderem auch durch die Übernahme von Verlusten eines Instituts durch ein über ein Beteiligungsverhältnis verbundenes Mutterinstitut im Großbankensektor spürbar positiv beeinflusst. Diese Verlustübernahme spiegelte sich wiederum in deutlichen Belastungen in der „außerordentlichen Rechnung“ der Großbanken wider (vgl. hierzu auch Fußnote 31).



Verschiebung innerhalb der Klassen mit negativer Gesamtkapitalrentabilität von den beiden untersten insbesondere in die Klasse – 0,3% bis unter 0%. Zudem sank die Anzahl der Institute mit negativer Gesamtkapitalrendite im Vergleich zu 2009 von 66 auf 55 und deren Anteil an der aggregierten Bilanzsumme des deutschen Bankensystems von 30,3% auf 20,6%; allerdings wurde von dieser kleinen Gruppe (3,1% aller Institute) immer noch ein signifikanter aggregierter Verlust in Höhe von 5,6 Mrd € generiert. Jedoch konnten im Gegensatz zum Vorjahr³⁵⁾ die Jahresfehlbeträge dieser vergleichsweise geringen Anzahl größerer Institute durch die Gewinne vor Steuern in Höhe von 23,4 Mrd € der restlichen Banken (1 743 Institute bzw. 96,9% aller Banken), auf die knapp vier Fünftel der Bilanzsumme entfielen, deutlich über-

kompensiert werden. Allerdings zeigt diese Gegenüberstellung in Verbindung mit den Angaben aus den veröffentlichten Geschäftsberichten auch, dass die Belastungen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise bei den Instituten, die aufgrund ihres Geschäftsmodells und Risikoprofils besonders von der Krise getroffen worden waren, im Berichtsjahr immer noch nicht vollständig verarbeitet werden konnten.

³⁵ In 2009 wurden von 3,6% aller Institute, die 30,3% der Bilanzsumme des gesamten deutschen Bankensystems ausmachten, noch ein aggregierter Verlust vor Steuern in Höhe von 19,6 Mrd € generiert. Dieser konnte durch den aggregierten Gewinn in Höhe von 16,8 Mrd € der Mehrzahl an Banken (96,4% der Institute), auf die 69,7% der Bilanzsumme entfielen, nicht vollständig kompensiert werden, sodass ein aggregierter Jahresfehlbetrag vor Steuern in Höhe von 2,8 Mrd € bzw. eine aggregierte Gesamtkapitalrendite von –0,04% ausgewiesen werden musste.

*Aufwand für
ertragsabhän-
gige Steuern
gestiegen*

Aufgrund der positiven Gewinnentwicklung erhöhten sich die Steuern vom Einkommen und Ertrag im Berichtsjahr um 1,3 Mrd € auf 5,2 Mrd €, wobei von den Bankengruppen mit aggregierten Jahresüberschüssen vor Steuern insbesondere die Regionalbanken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften und die Großbanken einen nennenswerten Steuer- aufwand verbuchten. Die Landesbanken und Realkreditinstitute, die jeweils Jahresfehlbe- träge vor Steuern auswiesen, verbuchten hin- gegen Steuererträge. Nach Steuern betrug der Jahresüberschuss der deutschen Kredit- wirtschaft 12,5 Mrd €, nach einem Fehlbe- trag in Höhe von 6,7 Mrd € im Vorjahr.

*Bilanzverlust
deutlich
reduziert*

Verlustvorträge in Höhe von 9,1 Mrd € be- lasteten im Berichtsjahr das Bilanzergebnis spürbar (nach 8,6 Mrd € in 2009 und 2,3 Mrd € in 2008). Diese konzentrierten sich je- doch wie bereits in den Jahren 2008 und 2009 im Wesentlichen auf die Realkreditins- titute und die Banken mit Sonderaufgaben und dort – laut den veröffentlichten Ge- schäftsberichten – jeweils auf einzelne Insti- tute. Weitere deutliche Belastungen ergaben sich durch Nettozuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken³⁶⁾ in Höhe von 6,1 Mrd € (nach 2,1 Mrd € in 2009), hinter denen sich Bruttozuführungen in Höhe von 6,3 Mrd € und Entnahmen in Höhe von 0,2 Mrd € verbargen; im Berichtsjahr waren die Nettozuführungen bei den Sparkassen (2,2 Mrd €, nach 1,1 Mrd € in 2009) und den Kre- ditgenossenschaften (1,1 Mrd €, nach 0,5 Mrd € in 2009) besonders ausgeprägt. Die- sen ergebnismindernden Faktoren standen vergleichsweise geringe Nettoentnahmen aus Rücklagen und Genussrechtskapital in Höhe

von 1,8 Mrd € gegenüber (nach 12,5 Mrd € in 2009 und 20,6 Mrd € in 2008). Diese setz- ten sich aus Bruttoentnahmen in Höhe von 5,1 Mrd €, die laut den veröffentlichten Ge- schäftsberichten maßgeblich aus Entnahmen einzelner Institute bei den Groß- und Landes- banken resultierten,³⁷⁾ und Einstellungen in Höhe von 3,3 Mrd € zusammen. In der Summe verblieb im dritten Jahr in Folge ein aggregierter Bilanzverlust, der jedoch mit 0,8 Mrd € deutlich geringer ausfiel als in den bei- den vorangegangenen Jahren (5,0 Mrd € in 2009 und 4,8 Mrd € in 2008). Wie bereits in 2009 war der aggregierte Bilanzverlust im Wesentlichen durch Bilanzverluste der Real- kreditinstitute (4,6 Mrd €, nach 4,7 Mrd €) und der Banken mit Sonderaufgaben (1,2 Mrd €, nach 2,9 Mrd €) sowie in geringerem Maße durch die Bilanzverluste der Regional- banken (0,5 Mrd €, nach 0,3 Mrd €) und der Landesbanken (0,1 Mrd €, nach 2,3 Mrd €) bedingt; laut den veröffentlichten Geschäfts- berichten konzentrierten sich die negativen Bilanzergebnisse – wie bereits im Vorjahr – je- doch maßgeblich auf einzelne Institute. Alle anderen Bankengruppen hingegen wiesen einen aggregierten Bilanzgewinn in Höhe von 5,6 Mrd € aus.

³⁶ In diesen Nettozuführungen zum Fonds für allge- meine Bankrisiken sind jedoch – wie bereits oben er- wähnt – die Nettozuführungen zum Sonderposten ge- mäß § 340e Abs. 4 HGB nicht enthalten.

³⁷ Bei den Großbanken gingen die Bruttoentnahmen zum vollständigen Ausgleich des Jahresfehlbetrages nach Steuern auf ein Institut zurück. Bei den Landesban- ken waren die Bruttoentnahmen durch zwei Institute be- dingt, wobei ein Institut die Entnahmen zum vollstän- digen Ausgleich eines Verlustvortrags aus dem Vorjahr verwendete; bei dem zweiten Institut resultierten die Entnahmen aus einer Netto-Vermögensübertragung nicht strategienotwendiger Geschäftsbereiche auf eine bundesrechtliche Abwicklungsanstalt.

Ausblick

Deutliche Steigerung des Gewinns der deutschen Bankkonzerne im ersten Quartal 2011, ...

Im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres 2011 hat sich die Ertragslage der Gruppe großer deutscher, international tätiger Kreditinstitute,³⁸⁾ die nach den IFRS bilanzieren und für die Quartalabschlüsse auf Konzernebene vorliegen, im Vergleich zum Vorquartal stark verbessert. Grund hierfür war ein fortgesetzter moderater Anstieg des Zinsüberschusses nach Risikovorsorge sowie eine deutliche Steigerung der Eigenhandelsgewinne; bei letzterer dominierte allerdings das Ergebnis einer Großbank. Insgesamt konnten die deutschen Bankkonzerne ihren kumulierten Quartalsgewinn vor Steuern gegenüber dem Vorquartal nahezu verdreifachen.

... jedoch merkliche Reduktion der Erträge im zweiten Quartal

Im zweiten Quartal schlugen die Anspannungen an den Finanzmärkten insbesondere aufgrund der finanziellen Situation der öffentlichen Haushalte in einigen Ländern des Euro-Währungsgebiets zunehmend zu Buche. Diese spiegelten sich unter anderem im Aggregat in einer merklichen Verschlechterung des Eigenhandelsergebnisses sowie in deutlichen Verlusten im sonstigen Ergebnis aus Finanzinstrumenten wider. Hierbei haben wohl auch hohe Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen bei einigen Instituten eine wichtige Rolle gespielt.³⁹⁾ Insgesamt reduzierte sich der aggregierte Quartalsgewinn vor Steuern im Vergleich zum Vorquartal um rund 40%.

Zwar sind die unterjährigen Konzernabschlüsse nicht repräsentativ für das gesamte deutsche Bankensystem im Hinblick auf Art,

Umfang, Komplexität und Risikogehalt der jeweiligen Geschäftsaktivitäten, dennoch bieten sie wichtige Hinweise für die weitere Ertragsentwicklung der gesamten deutschen Kreditwirtschaft. So werden die bereits sichtbaren Abschreibungen in den Konzernbilanzen im ersten Halbjahr 2011 auch größtenteils zu entsprechenden Wertminderungen in den HGB-Einzelabschlüssen führen. Dies gilt sowohl für die bereits betrachteten Konzernunternehmen als auch für alle anderen Institute, die entsprechende Finanzinstrumente bilanzieren. Darüber hinaus ist insbesondere aufgrund der weiter wachsenden Unsicherheit über die künftige Entwicklung der europäischen Staatsschuldenkrise und den damit verbundenen Anspannungen an den internationalen Finanzmärkten von zusätzlichen Wertminderungen im Wertpapiergeschäft auszugehen. Primär dürften hiervon der Eigenhandel und die Wertpapiere der Liquiditätsreserve betroffen sein.

Die Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Geschäftsjahr 2011 dürfte maßgeblich von zwei gegenläufigen Faktoren geprägt sein. So ist im inländischen Kredit-

Wachsende Unsicherheit über Wertansätze im Wertpapiergeschäft

³⁸ Diese Gruppe umfasst 12 Institute (alle Großbanken sowie ausgewählte Landesbanken und Realkreditinstitute).

³⁹ Das Erfordernis zu außerplanmäßigen Abschreibungen bzw. einem Impairment auf griechische Staatsanleihen im Bestand von Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen oder anderen Investoren im Zwischenabschluss zum 30. Juni 2011 war maßgeblich durch eine Verlautbarung des IDW begründet. Laut IDW gab es zum Zeitpunkt der Formulierung der Verlautbarung keine hinreichend belastbaren Hinweise für Alternativen in der Bewertung griechischer Staatsanleihen, die außerplanmäßige Abschreibungen bzw. ein Impairment hätten verhindern können. Vgl. hierzu: Verlautbarung des IDW zur Abbildung der Risiken aus griechischen Staatsanleihen in Zwischenabschlüssen zum 30. Juni 2011 vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen (20. Juli 2011).

Gegenläufige Bestimmungsfaktoren bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ...

geschäft aufgrund der nach wie vor positiven inländischen konjunkturellen Entwicklung von einer fortgesetzten Verbesserung der Kreditqualität auszugehen, sodass sich die Risikovorsorge im inländischen Kreditgeschäft mit leichter zeitlicher Verzögerung zur realwirtschaftlichen Entwicklung tendenziell weiter rückläufig entwickeln dürfte.⁴⁰⁾ Allerdings könnte sich die konjunkturelle Grundtendenz gegen Jahresende 2011 aufgrund der absehbaren Abschwächung der Auslandsnachfrage und der durch die gegenwärtige Lage an den Finanzmärkten gestiegenen Unsicherheit verlangsamen und daher möglicherweise – mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung – zu einer Verringerung der Rückführung der Risikovorsorge führen. Dem aufwandsmindernden Gesamteffekt aus dem inländischen Kreditgeschäft dürfte allerdings ein Anstieg der Risikovorsorge im ausländischen Kreditgeschäft gegenüberstehen. So sind höhere Risiken im Kreditgeschäft mit dem privaten ausländischen Sektor insbesondere aufgrund der Verlangsamung der Weltkonjunktur sowie der nach wie vor schwierigen Lage an einigen Immobilienmärkten innerhalb und außerhalb des Euro-Währungsgebiets zu erwarten. Zudem bestehen weiterhin erhöhte Kreditrisiken im Zusammenhang mit der Finanzierung von Staaten der europäischen Peripherie.

*... beim Zins-
ergebnis ...*

Die Ertragspotenziale im Zinsgeschäft dürften im Geschäftsjahr 2011 aufgrund einer gegenläufigen Entwicklung von Margen und Kreditvolumina eher begrenzt bleiben. So sind zwar ertragssteigernde Effekte durch Volumenausweitungen im inländischen Kreditgeschäft insbesondere aufgrund der robusten

– wenngleich gegen Ende des Jahres möglicherweise etwas verlangsamen – inländischen konjunkturellen Grundtendenz zu erwarten. Allerdings stehen dieser Entwicklung wohl ertragsmindernde Einflüsse bedingt durch eine tendenzielle Abflachung der Zinsstrukturkurve entgegen.⁴¹⁾ Zudem dürfte auch nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Regulierungsdiskussion um die bankspezifischen Liquiditätskennziffern im Zusammenhang mit Basel III künftig von einem anhaltenden Wettbewerb um Einlagen des nicht-finanziellen Sektors auszugehen sein, der für sich genommen möglicherweise negativ auf die Zinsmarge wirkt.

Das Provisionsgeschäft dürfte von der bisherigen guten inländischen konjunkturellen Entwicklung profitieren. Allerdings dürften die weiteren Ertragspotenziale aufgrund der wachsenden Unsicherheit an den Finanzmärkten begrenzt bleiben. Die damit verbundene erhöhte Volatilität könnte dämpfend

*... sowie beim
Provisions-
ergebnis*

⁴⁰ So ist von Januar bis Mai 2011 die Anzahl der Insolvenzen insgesamt im Vergleich zum entsprechenden Vorjahrszeitraum um 3,8% gesunken. Dahinter verbarg sich ein Rückgang der Unternehmensinsolvenzen um 7,2% und eine Reduktion der Verbraucherinsolvenzen um 2,2%. Das Volumen der problembehafteten Forderungen ist im gleichen Zeitraum um 26,6% gefallen. Vgl.: Statistisches Bundesamt, Unternehmen und Arbeitsstätten, Fachserie 2, Reihe 4.1, Insolvenzverfahren Mai 2011 und Mai 2010.

⁴¹ Von Januar bis Ende August 2011 war eine nahezu stetige Abflachung der inländischen Zinsstrukturkurve zu beobachten. Seit Juli wurde diese zudem durch eine deutliche Verschiebung nach unten begleitet, wobei die Zinsen im kurzfristigen Segment weniger stark gesunken sind als die langfristigen Renditen. Die Reduktion am langen Ende am aktuellen Rand dürfte unter anderem durch die globale Wachstumsverlangsamung und „Safe haven“-Zuflüsse bedingt gewesen sein. Für den restlichen Verlauf des Jahres zeichnet sich anhand der Terminzinsstrukturkurve derzeit zwar wieder eine leichte Versteilerung ab. Diese dürfte die vorangegangene marginreduzierende Abflachung jedoch nur teilweise kompensieren.

auf die Kapitalmarktaktivitäten wirken und insbesondere das Emissionsvolumen merklich bremsen. Beim Verwaltungsaufwand ist hingegen insbesondere vor dem Hintergrund des bereits erfolgten Beschäftigungsabbaus seit 2008 mit keinen größeren Veränderungen zu rechnen.

*Eintrübung
der Ertrags-
aussichten*

Zusammenfassend ist für das laufende Jahr trotz eines günstigen Umfelds zu Jahresbeginn von einer Eintrübung der Ertragsaussichten bei gleichzeitiger Erhöhung der Unsicherheit auszugehen. So dürften die Ertragspotenziale trotz der durch die positive Binnenkonjunktur bedingten ergebnisstützenden Effekte im inländischen Kreditgeschäft insbe-

sondere aufgrund der europäischen Staatsschuldenkrise und der damit einhergehenden gestiegenen Volatilität an den Finanzmärkten wohl spürbar begrenzt bleiben. Zudem dürfte die erstmalige Entrichtung der Bankenabgabe in 2011 belastend wirken. Hinsichtlich der mittelfristigen Ertragsaussichten ist ebenfalls aufgrund der künftigen Implementierung des neuen BaselIII Rahmenwerks von einer Reduktion der Profitabilität im Vergleich zu der Zeit vor der Finanzkrise auszugehen. Hierbei ist allerdings zu betonen, dass die Neuregelungen für sich genommen zu einer erhöhten finanziellen Stabilität führen, von der das deutsche Bankensystem und die restlichen Wirtschaftssektoren profitieren werden.

Anhang

Auswirkungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) auf die Statistik der Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken (GuV-Statistik) (gültig ab dem Geschäftsjahr 2010)

Im Folgenden werden die für die GuV-Statistik der Bundesbank bedeutendsten konzeptionellen Änderungen des BilMoG näher erläutert und den bisherigen Regelungen gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) alter Fassung gegenübergestellt.⁴²⁾ Ab dem Geschäftsjahr 2010 folgt die GuV-Statistik allen hier beschriebenen Neu- und Übergangsregelungen des BilMoG zum Ausweis in den Gewinn- und Verlustrechnungen. Hiermit verbunden ist auch eine Änderung der Systematik hinsichtlich der Behandlung der Zuführungen zum beziehungsweise Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken in der GuV-Statistik.

Bilanzierung der Eigenhandelsgeschäfte⁴³⁾

Abgrenzung, Bilanzausweis und Bewertung

Alte Regelungen

Der Eigenhandel wurde definiert als Finanzgeschäfte mit Wertpapieren des Handelsbestan-

⁴² Folglich handelt es sich hierbei um einen Auszug aus den neuen BilMoG-Vorschriften und nicht um eine allumfassende Darstellung sämtlicher Neu- und Übergangsregelungen.

⁴³ Vgl. bezüglich der Neuregelung: Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW), Stellungnahme zur Rechnungslegung: Bilanzierung von Finanzinstrumenten des Handelsbestandes bei Kreditinstituten (IDW RS BFA 2); Deutsche Bundesbank, Das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz aus Sicht der Bankenaufsicht, Monatsbericht, September 2010, S. 50–58.

*Kein
gesonderter
Bilanzausweis*

des⁴⁴), Finanzinstrumenten (z. B. Optionen, Futures, Swaps, Termingeschäfte, Schuldscheindarlehen und sonstige handelbare Forderungen des Handelsbestandes), Devisen und Edelmetallen. Die entsprechend zugehörig klassifizierten und bilanzwirksamen Handelsaktiva und -passiva wurden nicht als separate Bilanzpositionen ausgewiesen, sondern waren (unersichtlicher) Bestandteil der jeweiligen Instrumentenkategorien gemäß Bilanzformblatt der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV)⁴⁵. Bilanzunwirksame Handelsaktiva und -passiva (wie beispielsweise derivative Finanzinstrumente) waren den Grundsätzen der Bilanzierung schwebender Geschäfte unterworfen und durften daher nicht in der Bilanz ausgewiesen werden.⁴⁶

*Bewertung
zum strengen
Niederstwert-
prinzip*

Handelsaktiva und -passiva waren nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften zu bewerten. Folglich galt das strenge Niederstwertprinzip (Abwertungspflicht bei dauerhaften und vorübergehenden Wertminderungen; Abwertungswahlrecht bei erwarteten Wertschwankungen).

Neue Regelungen

*Gesonderter
Bilanzausweis*

Eigenhandelsaktivitäten werden definiert als Geschäfte mit Finanzinstrumenten⁴⁷ des Handelsbestandes⁴⁸ und dem Handel mit Edelmetallen. Die als zum bilanziellen Handelsbestand zugehörig klassifizierten Handelsaktiva und -passiva sind unsaldiert (verpflichtender Bruttoausweis) in den neu eingefügten Bilanzpositionen zum Handelsbestand (Aktiva 6a und Passiva 3b) auszuweisen. In diesem Zusammenhang sind auch – im Gegensatz zur alten Regelung – alle Derivate, die zu Handelszwecken erworben wurden, mit ihren positiven oder negativen Zeitwerten zu bilanzieren; folglich wird an dieser Stelle das Prinzip der Nichtbilanzie-

rung schwebender Geschäfte partiell durchbrochen.

Handelsaktiva und -passiva sind laut der neuen Spezialvorschrift für Kreditinstitute (§ 340e Abs. 3 HGB) im Rahmen der Zugangsbewertung mit den Anschaffungskosten und im Rahmen der Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert⁴⁹ abzüglich eines Risikoabschlags (für Handelsaktiva) und zu-

*Bewertung
zum beizule-
genden Zeit-
wert abzüglich
Risikoabschlag*

44 Diese wurden wiederum gemäß einer Negativabgrenzung definiert als diejenigen Wertpapiere, die weder zur Liquiditätsreserve noch zum Anlagebestand zählen.

45 Eine Umwidmung von Objekten zum Eigenhandel oder aus dem Eigenhandel heraus (z. B. die Umwidmung von Wertpapieren des Handelsbestandes in Wertpapiere der Liquiditätsreserve bzw. des Anlagevermögens und umgekehrt) war grundsätzlich zulässig, sofern die durch das jeweilige Kreditinstitut autonom durchzuführende Zweckbestimmung nicht willkürlich geändert wurde.

46 Nur wenn aus den schwebenden Geschäften ein Verlust drohte, war dieser bilanziell zu antizipieren. Realisierte Gewinne und Verluste aus bilanzwirksamen und bilanzunwirksamen Geschäften des Handelsbestandes waren im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften auszuweisen.

47 Das HGB verzichtet aufgrund der Vielfalt und der ständigen Weiterentwicklung auf eine explizite Definition des Begriffs „Finanzinstrument“. Allerdings können in Anlehnung an die entsprechenden Definitionen im Gesetz über das Kreditwesen und im Wertpapierhandelsgesetz unter anderem Derivate, Geldmarktinstrumente, Devisen, Wertpapiere sowie Verbindlichkeiten, die kurzfristig ausgegeben und zurückerworben werden, zu den Finanzinstrumenten gezählt werden.

48 Dem Handelsbestand sind alle Finanzinstrumente und Edelmetalle zuzurechnen, die mit der Absicht einer kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolgs erworben und veräußert werden. Eine Umwidmung vom Anlagenbestand bzw. von Wertpapieren der Liquiditätsreserve in den Handelsbestand ist nicht mehr zulässig. Eine Umwidmung aus dem Handelsbestand in den Anlagenbestand bzw. für Wertpapiere alternativ in die Liquiditätsreserve ist nur noch beim Vorliegen außergewöhnlicher Umstände möglich. Dies können insbesondere grundlegende Marktstörungen wie beispielsweise die Finanzkrise im Jahr 2008 sein, die zu einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der Handelbarkeit der betreffenden Finanzinstrumente führen. Ein reiner Preisverfall hingegen beeinträchtigt nicht die Handelbarkeit und erlaubt somit auch keine Umwidmung. Folglich sind Umwidmungen, die darauf abzielen, die Jahresergebnisse zu glätten, ausgeschlossen.

49 Allerdings haben einige große Banken auch schon vor Einführung des BilMoG in entsprechender Auslegung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung Finanzinstrumente des Handelsbestandes zum Zeitwert angesetzt.

zöglich eines Risikozuschlags (für Handelspassiva) zu bewerten. Die neue Vorschrift stellt somit eine gesetzlich geregelte Ausnahme von der Bewertung zum strengen Niederstwertprinzip dar, da im Rahmen der Folgebewertung neben realisierten Erträgen nun auch nicht realisierte Bewertungserträge ausgewiesen werden können.

*Berechnung
des beizulegenden
Zeitwerts*

Im Rahmen der Folgebewertung ist der beizulegende Zeitwert gemäß folgender Bewertungshierarchie zu ermitteln: Existiert zum Bewertungszeitpunkt ein aktiver Markt, so entspricht der beizulegende Zeitwert dem Marktpreis („mark-to-market“). Ist kein aktiver Markt vorhanden, ist der Zeitwert mithilfe allgemein anerkannter Bewertungsmodelle (z. B. Barwert- oder Optionspreismodelle) zu ermitteln („mark-to-model“). Ist kein aktiver Markt vorhanden und zudem eine Bewertung mithilfe anerkannter Modelle nicht verlässlich möglich, hat die Folgebewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten zu erfolgen, wobei der zuletzt festgestellte Zeitwert als Anschaffungskosten gilt.

*Berechnung
des Risiko-
abschlags*

Der Risikoabschlag (Risikozuschlag), der auf den beizulegenden Zeitwert der Handelsaktiva (Handelspassiva) zu erfolgen hat, soll die Ausfallwahrscheinlichkeiten der realisierbaren Gewinne (Verluste) berücksichtigen und reflektiert somit die negativen Effekte aus latenten Wertminderungsrisiken (Wertsteigerungsrisiken bei Verbindlichkeiten).⁵⁰ Wenngleich im Gesetz keine Regelungen zur Berechnung des Risikoabschlags (Risikozuschlags) enthalten sind, können Value-at-Risk (VaR)⁵¹-Abschläge, die unter Berücksichtigung der bankaufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Parameter ermittelt werden, als eine mögliche Ausprägung betrachtet werden, da der Gesetzgeber davon ausgeht, dass die Angemessenheit der Berechnungsmethode und der Berechnungsparameter für die Ermittlung des Risikozuschlags durch

die Bankenaufsicht überwacht wird. Institute, die keinen bankaufsichtlichen VaR ermitteln, können zur Ermittlung des Risikoabschlags (Risikozuschlags) einen VaR verwenden, wenn intern danach gesteuert wird, oder auf alternative Ermittlungsverfahren in Übereinstimmung mit der internen Risikosteuerung zurückgreifen (z. B. Abschlag in Höhe der unrealisierten Gewinne). Der Risikoabschlag (Risikozuschlag) ist auch dann vorzunehmen, wenn dadurch für das betreffende Institut insgesamt ein Jahresfehlbetrag entsteht beziehungsweise ein bestehender Jahresfehlbetrag erhöht wird.

Um dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip Rechnung zu tragen und den Verstoß gegen das Realisationsprinzip durch die Zeitwertbewertung – teilweise – zu kompensieren, verlangt das neue HGB zusätzlich zum Risikoabschlag die Bildung einer antizyklisch wirkenden Risikoreserve. Diese ist nach § 340e Absatz 4 HGB in der Bilanz als Sonderposten im Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB separat auszuweisen. Zur Bildung dieses Sonderpostens sind in jedem Geschäftsjahr mit positivem Handelsergebnis mindestens 10% der Nettoerträge des Handelsbestandes (nach Risikoabschlag) der Risikoreserve zuzuführen.⁵² Die Zuführung hat solange zu erfolgen, bis der Sonderposten ein Volumen von 50% des Durchschnitts der Nettoerträge (nach Risikoabschlag) der letzten fünf Geschäftsjahre mit positi-

*Ermittlung des
Sonderpostens
im Fonds für
allgemeine
Bankrisiken*

⁵⁰ Folglich dient der Risikoabschlag (Risikozuschlag) nicht zur Abbildung bereits erkennbarer Wertminderungsrisiken (Wertsteigerungsrisiken bei Verbindlichkeiten), da sich diese in der Regel bereits im beizulegenden Zeitwert niederschlagen.

⁵¹ Der VaR ist definiert als der geschätzte maximal zu erwartende Verlust, der mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit innerhalb einer bestimmten Periode unter üblichen Marktbedingungen nicht überschritten wird.

⁵² Bei positivem Nettoertrag im Handelsergebnis sind auch höhere Zuführungen zulässig, die jedoch auf den gesamten Nettoertrag eines Geschäftsjahres begrenzt sind.

vem Handelsergebnis erreicht hat; im Fall eines Nettoertrags des Handelsbestandes hat die Zuführung zudem unabhängig davon zu erfolgen, ob dadurch für das jeweilige Institut insgesamt ein Jahresfehlbetrag entsteht beziehungsweise sich ein schon bestehender Jahresfehlbetrag erhöht. Der Sonderposten darf nur aufgelöst werden zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestandes oder soweit die gesetzlich vorgeschriebene Mindesthöhe (50% des Durchschnitts der Nettoerträge (nach Risikoabschlag) der letzten fünf Geschäftsjahre mit positivem Handelsergebnis) überschritten wird. Folglich besteht für die Auflösung ein Wahlrecht, wohingegen die Zuführung zwingend ist.⁵³⁾ Für sich genommen ergibt sich somit aus der Reduktion der ausschüttungsfähigen Gewinne in Jahren mit positivem Handelsergebnis und aus einer – möglichen – Erhöhung in Jahren mit negativem Handelsergebnis eine anti-zyklische Wirkung des Sonderpostens.

Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung

Alte Regelungen

Keine Buchung von laufenden Aufwendungen und Erträgen im Eigenhandelsergebnis

Erträge und Aufwendungen im Rahmen der Eigenhandelsgeschäfte wurden bisher saldiert in den Positionen Nettoertrag beziehungsweise Nettoaufwand aus Finanzgeschäften ausgewiesen.⁵⁴⁾ Als Aufwandskomponenten wurden realisierte Kursverluste, Abschreibungen aufgrund von Bewertungsverlusten sowie Zuführungen zu Rückstellungen für drohende Verluste erfasst. Als Ertragskomponenten wurden realisierte Kursgewinne, Zuschreibungen aufgrund von Bewertungsgewinnen (Obergrenze: Anschaffungskosten) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für drohende Verluste gebucht. Sämtliche laufenden Erträge und Aufwendungen (z.B. Zinsen, Dividenden, Provisionen) der Handelsobjekte durf-

ten nicht im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften ausgewiesen werden.⁵⁵⁾

Neue Regelungen

Erträge und Aufwendungen im Rahmen von Eigenhandelsgeschäften werden saldiert in der Position Nettoertrag beziehungsweise Nettoaufwand des Handelsbestandes ausgewiesen.⁵⁶⁾ Als Aufwandskomponenten werden sowohl realisierte als auch unrealisierte Kurs- beziehungsweise Bewertungsverluste, als Ertragskomponenten realisierte und unrealisierte Kurs- beziehungsweise Bewertungsgewinne – zukünftig auch über die Anschaffungskosten hinaus – berücksichtigt.

Überdies werden im Gegensatz zur alten Regelung die laufenden Erträge und Aufwendungen aus den Handelsaktiva und -passiva im Nettoergebnis des Handelsbestandes erfasst, wenn dies im Einklang mit der internen Steuerung⁵⁷⁾ zur Ermittlung

Erträge und Aufwendungen aus der Zeitwertbewertung ...

... sowie laufende Erträge und Aufwendungen ...

53 Pro Geschäftsjahr kann es entweder nur eine Zuführung oder nur eine Auflösung geben. Sowohl die Zuführung als auch die Auflösung ist nur im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses, nicht aber bei der Erstellung eines Zwischenabschlusses vorzunehmen.

54 Sämtliche Aufwendungen und Erträge waren zwingend miteinander zu verrechnen.

55 So wurden Zins- und laufende Erträge aus den Handelsobjekten in den Kategorien Zinserträge und laufende Erträge und Zinsaufwendungen zur Finanzierung von Eigenhandelsgeschäften in der Kategorie Zinsaufwendungen gebucht. Provisionsaufwendungen und -erträge im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräußerung von Handelsobjekten mussten in den Positionen Provisionsaufwendungen und Provisionserträge ausgewiesen werden.

56 Sämtliche Aufwendungen und Erträge des Handelsbestandes sind analog zur alten Regelung zwingend miteinander zu verrechnen.

57 Im Gegensatz zur standardisierten Gewinnermittlung im externen Rechnungswesen, die vornehmlich dem Gläubigerschutz und der Information der Anteilseigner dient, zielt die interne Steuerung im Wesentlichen darauf ab, den betrieblichen Erfolg angemessen zu bewerten, um beispielsweise die zukünftige strategische Ausrichtung bestimmen zu können. Für die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses im Rahmen der internen Steuerung gibt es daher keine zwingend eingehaltenden standardisierten Vorgaben.

des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses steht. So werden Zinserträge und laufende Erträge aus den Handelsaktiva sowie Zinsaufwendungen für Handelspassiva, die der Refinanzierung von Handelsaktiva dienen, nun in der Regel im Nettoergebnis des Handelsbestandes gebucht.⁵⁸⁾ Zudem sind Provisionsaufwendungen und -erträge im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Eigenhandelsinstrumenten – in Abweichung zur bisherigen Buchungspraxis – zwingend im Nettoergebnis des Handelsbestandes auszuweisen.

... und Zuführungen zum beziehungsweise Auflösung aus dem Sonderposten sind im Nettoergebnis des Handelsbestandes zu buchen

Zur Behandlung der Aufwendungen aus den Zuführungen zum Sonderposten und Erträge aus den Auflösungen des Sonderpostens gemäß § 340e Absatz 4 HGB in der Gewinn- und Verlustrechnung gibt es keine konkreten gesetzlichen Vorgaben. Um einen eventuell bestehenden Nettoaufwand buchhalterisch ausgleichen zu können, empfiehlt jedoch das IDW, Erträge aus den Auflösungen des Sonderpostens als Ertragskomponente im Nettoergebnis des Handelsbestandes zu buchen. Dieser Buchungsansatz ist nicht selbstverständlich auf Aufwendungen aus den Zuführungen zum Sonderposten übertragbar. Diese können alternativ auch in dem Aufwandsposten, in dem die Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken auszuweisen sind, erfasst werden. Allerdings wird im Sinne einer einheitlichen Ausweispraxis vom IDW vorgeschlagen, neben den Erträgen aus den Auflösungen des Sonderpostens auch die Aufwendungen aus den Zuführungen zum Sonderposten im Nettoergebnis des Handelsbestandes zu buchen.⁵⁹⁾

Durchbrechung der bisherigen Bundesbank-systematik beim Sonderposten

Gemäß den veröffentlichten Geschäftsberichten sind die bilanzierenden Kreditinstitute hinsichtlich der Buchung der Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken, die den Sonderposten betreffen, im Wesentlichen dem IDW-Vorschlag ge-

folgt und haben diese für das Berichtsjahr 2010 als Aufwandskomponente im Nettoertrag des Handelsbestandes gebucht. Entsprechend sind sie auch in der Position Nettoertrag beziehungsweise Nettoaufwand des Handelsbestandes in der GuV-Statistik enthalten. Mit dieser Art der Berücksichtigung wird aber die bisherige Systematik der GuV-Statistik zur Buchung der Zuführungen zum beziehungsweise Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken teilweise durchbrochen, da in der Vergangenheit sämtliche Zuführungen zum beziehungsweise Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken stets im Rahmen der Gewinnverwendung und nicht als Aufwands- beziehungsweise Ertragskomponenten berücksichtigt wurden. Eine Übertragung der bisherigen Systematik auf den Sonderposten ist derzeit nicht möglich, da die gegenwärtige Datenbasis keine verlässliche Bereinigung des Nettoergebnisses des Handelsbestandes um die entsprechenden Zuführungs- beziehungsweise Auflösungseffekte erlaubt. Folglich werden bis auf Weiteres Veränderungen im Fonds für allgemeine Bankrisiken, die den Sonderposten betreffen, vornehmlich als Aufwands- beziehungsweise Ertragskomponenten in der Position Nettoertrag beziehungsweise Nettoaufwand des Handelsbestandes und nicht im Rahmen der Gewinnverwendung berücksichtigt. Zuführungen zum beziehungsweise Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken, die nicht den Sonderposten betreffen, werden hingegen wie bisher im Rahmen der Gewinnverwendung und nicht als Aufwands- beziehungsweise Ertragskomponenten berücksichtigt.

⁵⁸ Allerdings wird es auch als zulässig erachtet, die laufenden Zinserträge und -aufwendungen alternativ unter den Positionen Zinserträge und Zinsaufwendungen auszuweisen, wenn dies im Einklang mit der internen Steuerung steht.

⁵⁹ Vgl. hierzu: IDW RS BFA 2, Textziffer (Tz) 62.

Übergangsregelungen

Erfolgswirkungen aus der Erstanwendung der neuen Regelungen sind im außerordentlichen Ergebnis auszuweisen.

Bilanzierung von Pensionsrückstellungen⁶⁰⁾

Bilanzausweis und Bewertung

Alte Regelungen

Altersversorgungsverpflichtungen waren als Pensionsrückstellungen passivisch in der Bilanz auszuweisen.⁶¹⁾ Eine Verrechnung mit dem dazu korrespondierenden Altersversorgungsvermögen war nicht zulässig (Bruttoausweis). Die Bewertung des auf der Aktivseite in den jeweiligen Bilanzpositionen ununterscheidbar enthaltenen Altersversorgungsvermögens erfolgte auf Basis des Niederstwertprinzips. Pensionsrückstellungen waren im Fall laufender Rentenverpflichtungen sowie Versorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Anwärtern mit dem Barwert anzusetzen. Pensionsanwartschaften von im Unternehmen tätigen Anwärtern wurden zum Teilwert⁶²⁾ bewertet. Als Diskontierungssatz war im Rahmen der Bewertungsverfahren eine allgemeine Spanne von 3% bis 6% vorgesehen; üblicherweise wurde in den vergangenen Jahren als Diskontierungssatz eine Spanne von 4% bis 4,5% verwendet. Als Bewertungsuntergrenze für Pensionsrückstellungen galt der nach dem steuerrechtlichen Teilwertverfahren (gemäß § 6a Einkommensteuergesetz) mit einem Diskontierungssatz von 6% ermittelte Wert.

*Saldierungs-
verbot von
Pensionsrück-
stellungen
und Alters-
versorgungs-
vermögen*

Neue Regelungen

Altersversorgungsverpflichtungen sind als Pensionsrückstellungen passivisch in der Bilanz auszuweisen.⁶³⁾ Liegt ein „Deckungsvermögen“⁶⁴⁾ vor, müssen im Gegensatz zur alten Regelung Pensionsrückstellungen zwingend mit diesem saldiert werden, sodass nur noch der Differenzbetrag zu bilanzieren ist. Ein nach der Saldierung von Pensionsrückstellungen und Deckungsvermögen ver-

*Saldierungs-
pflicht von Pen-
sionsrückstel-
lungen und da-
zugehörigem
Deckungs-
vermögen*

60 Vgl. bezüglich der neuen Regelungen: IDW, Stellungnahme zur Rechnungslegung: Handelsrechtliche Bilanzierung von Altersvorsorgeverpflichtungen (IDW RS HFA 30) und hinsichtlich der alten Regelungen: IDW Stellungnahme des Hauptfachausschusses 2/1988: Pensionsverpflichtungen im Jahresabschluss.

61 Hinsichtlich des Bilanzausweises (Pflicht vs. Wahlrecht) war zwischen unmittelbaren und mittelbaren Pensionsrückstellungen zu unterscheiden (bei unmittelbaren Pensionsverpflichtungen verpflichtet sich der Bilanzierende gegenüber dem Versorgungsberechtigten, die Leistungen selbst zu erbringen, wohingegen bei mittelbaren Pensionsverpflichtungen die Leistungen in der Regel durch eine Versorgungseinrichtung (z. B. Pensionskasse, Unterstützungskasse) erbracht werden). So bestand laut der alten Regelung für unmittelbare Verpflichtungen eine Passivierungspflicht, wohingegen für folgende Pensionsrückstellungen ein Passivierungswahlrecht galt: Ansprüche aus unmittelbaren Zusagen, die vor dem 1. Januar 1987 erworben wurden, sowie deren Erhöhungen nach dem 31. Dezember 1986 und sämtliche mittelbaren Ansprüche.

62 Im Rahmen des Teilwertverfahrens wird der Aufwand für die Bildung der Pensionsrückstellungen bei aktiv Beschäftigten gleichmäßig über die gesamte Dienstzeit mithilfe einer theoretischen Prämie verteilt. Der Teilwert (Rückstellungshöhe zu einem bestimmten Zeitpunkt während der Anwartschaftsphase) einer Pensionsrückstellung ist definiert als der Barwert der künftigen Versorgungsleistungen abzüglich des Barwerts noch ausstehender gleichbleibender Jahresbeiträge, wobei diese so zu bestimmen sind, dass ihr Barwert zu Beginn des Dienstverhältnisses gleich dem Barwert der künftigen Versorgungsleistungen ist.

63 An der Unterscheidung zwischen mittel- und unmittelbaren Pensionsverpflichtungen sowie an den Vorschriften zu deren passivischem Bilanzausweis (Wahlrecht vs. Pflicht) ergaben sich im Vergleich zum „alten“ HGB keine Änderungen (vgl. hierzu Fußnote 61).

64 Hinsichtlich der Bilanzierung des Altersversorgungsvermögens wird der neue Begriff des „Deckungsvermögens“ eingeführt. Hierbei handelt es sich um Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen.

bleibender Passivüberhang ist als Rückstellung auszuweisen, ein aktivischer Überhang ist dagegen in einem gesonderten Posten zu aktivieren.

Bewertung des Deckungsvermögens zum beizulegenden Zeitwert; Ansatz von Rückstellungen zum „Erfüllungsbetrag“

Das Deckungsvermögen ist mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten.⁶⁵⁾ Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen ist neuerdings auf den sogenannten „Erfüllungsbetrag“ abzustellen, dessen Höhe nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung anzusetzen ist. Demnach sind nun auch künftige Preis- und Kostensteigerungen sowie Lohn-, Gehalts- und Rententrends im Rahmen der Rückstellungsbewertung zu berücksichtigen. Sofern die Restlaufzeit der Pensionsrückstellungen ein Jahr übersteigt, sind diese mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abzuzinsen. Alternativ ist es erlaubt, alle Pensionsrückstellungen unter Außerachtlassung des Einzelbewerlungsgrundsatzes mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abzuzinsen, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.⁶⁶⁾ Laufende Rentenverpflichtungen sowie Versorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Anwärtern sind mit dem Barwert anzusetzen. Für die Bewertung von Pensionsanwartschaften von im Unternehmen tätigen Anwärtern können alle versicherungsmathematischen Verfahren angewendet werden, die sicherstellen, dass der Pensionsaufwand verursachergerecht über den Zeitraum verteilt wird, in dem der Versorgungsbeneficiäre seine Gegenleistung erbringt (z. B. modifiziertes Teilwertverfahren, Projected-Unit-Credit-Methode).

Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung

Alte Regelungen

Laut den alten Regelungen gab es keine eindeutigen Ausweisvorschriften. So konnten einerseits Zuführungen zu (Versorgungs- und Zinsaufwand) beziehungsweise Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen vollständig im Personalaufwand gebucht werden. Andererseits war auch eine getrennte Buchung der Versorgungskomponente im Personalaufwand und des Zinsanteils im Zinsergebnis möglich.

Keine eindeutigen Ausweisvorschriften

Neue Regelungen

Auf Grundlage der neuen HGB-Vorschriften sieht das IDW zukünftig einen differenzierten Ausweis vor. So sind die in der jeweiligen Periode anfallenden Dienstzeitaufwendungen, Effekte aus Änderungen der Lohn-, Gehalts- oder Rententrends und der biometrischen Bewertungsparameter⁶⁷⁾, Änderungen des Bestandes an Versorgungsberechtigten sowie Rückstellungsveränderungen im Zusammenhang mit Unternehmensumstrukturierungen oder Änderungen von Versorgungszusagen im Personalaufwand zu erfassen. Aufwendungen und Erträge aus der Auf- beziehungsweise

Aufgliederung der Aufwands- und Ertragskomponenten auf die Positionen Finanzergebnis und Personalaufwand

⁶⁵ Vgl. zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts die Ausführungen zur Bewertung des Handelsbestandes. Allerdings ist bei der Bewertung des Deckungsvermögens zu beachten, dass im Gegensatz zum Handelsbestand kein Risikoabschlag auf den beizulegenden Zeitwert vorgenommen wird. Für den Betrag des beizulegenden Zeitwerts, der die Anschaffungskosten übersteigt, besteht aber beim Deckungsvermögen eine Ausschüttungssperre. Das Unternehmen muss daher Gewinnrücklagen mindestens in Höhe dieses Betrages nachweisen.

⁶⁶ Die Ermittlung und Bekanntgabe der Diskontierungszinssätze erfolgt nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung durch die Bundesbank.

⁶⁷ Zu den biometrischen Bewertungsparametern zählen unter anderem die Sterbe- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten, zukünftige Kündigungen (Fluktuation) sowie das voraussichtliche Pensionsalter.

Abzinsung der Rückstellungen sind mit den Aufwendungen und Erträgen aus dem zu verrechnenden Deckungsvermögen zu saldieren und als Bestandteil des Finanzergebnisses auszuweisen; laut den veröffentlichten Geschäftsberichten wurde dieser Saldo vornehmlich im sonstigen betrieblichen Ergebnis gebucht. Bei Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungszinssatzes besteht die Möglichkeit, diese entweder im Personalaufwand oder im Finanzergebnis zu buchen. Gleiches gilt für laufende Erträge und Erfolgswirkungen aus Zeitwertänderungen des Deckungsvermögens, sofern diese nicht bereits mit den Aufwendungen und Erträgen aus der Auf- beziehungsweise Abzinsung der Pensionsrückstellungen verrechnet worden sind. Laut IDW darf das Ausweiswahlrecht für die drei genannten Komponenten nur einheitlich ausgeübt werden.

Übergangsregelungen

Notwendige Zuführungen zu bestehenden Pensionsverpflichtungen als Folge der erstmaligen Anwendung der neuen Bewertungsvorschriften müssen nicht in einem Betrag zugeführt werden, sondern können bis spätestens zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel angesammelt werden. Die in diesem Zusammenhang ratierlich zu erfassenden Zuführungsbeträge sind im jeweiligen Jahr erfolgswirksam zu erfassen und in der GuV unter dem Posten außerordentliche Aufwendungen anzugeben. Überschreibungsbeträge aus überdotierten Pensionsrückstellungen als Folge der erstmaligen Anwendung dieser neuen Bewertungsvorschriften müssen nicht aufgelöst werden, soweit diese Beträge bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müssten. Wird von diesem Wahlrecht kein Gebrauch gemacht, sind die aus der Auflösung resultierenden Beträge unmittelbar,

das heißt ergebnisneutral, in die Gewinnrücklagen einzustellen.

Fremdwährungsumrechnung

Bewertung

Alte Regelungen

Im Regelfall waren Fremdwährungspositionen zum Devisenkassakurs am Abschlussstichtag umzurechnen. Bei der Umrechnung von Fremdwährungspositionen mit besonderer Deckung⁶⁸⁾ blieb das Niederstwertprinzip unberücksichtigt. Bei der Umrechnung von Fremdwährungspositionen, bei denen keine besondere Deckung, aber eine Deckung in derselben Währung (einfache Deckung)⁶⁹⁾ vorlag, konnten sich Erträge und Aufwendungen aus der Währungsumrechnung bis zur „Nulllinie“⁷⁰⁾ ausgleichen. Bei den verbleibenden Fremdwährungspositionen musste bei der Umrechnung das Niederstwertprinzip vollumfänglich beachtet werden.

Umrechnung zum Devisenkassakurs

Notwendige Zuführungen bis spätestens 31. Dezember 2024; Beibehaltung von Überschreibungsbeträgen

68 Von einer besonderen Deckung kann ausgegangen werden, wenn bei den einbezogenen Grund- und Sicherungsgeschäften eine Währungs- und Betragsidentität vorliegt, sodass das Währungsrisiko vollständig beseitigt ist.

69 Von einer einfachen Deckung kann ausgegangen werden, wenn bei den einbezogenen Grund- und Sicherungsgeschäften zwar eine Währungs-, aber keine Betragsidentität vorliegt, sodass das Währungsrisiko nur für die sich betragsmäßig entsprechenden Währungspositionen vollständig beseitigt ist, für den „überschießenden“ Betrag aber eine offene Position vorliegt.

70 Der Ausgleich bis zur „Nulllinie“ bedeutet, dass das Niederstwertprinzip in dem Umfang und für den Zeitraum, in dem gegenläufige Wertänderungen oder Zahlungsströme sich ausgleichen, unberücksichtigt bleiben darf.

Neue Regelungen

*Umrechnung
zum Devisen-
kassamittelkurs*

Im Regelfall sind Fremdwährungspositionen nun zum Devisenkassamittelkurs⁷¹⁾ am Abschlussstichtag umzurechnen. Bei der Umrechnung von Fremdwährungspositionen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr, Fremdwährungspositionen mit besonderer Deckung sowie Fremdwährungspositionen des Handelsbestandes⁷²⁾ bleibt das Niederstwertprinzip unberücksichtigt. Sofern keine besondere Deckung vorliegt, aber die Bedingungen an eine Bewertungseinheit⁷³⁾ erfüllt sind, können sich die Erträge und Aufwendungen aus dieser Währungsumrechnung bis zur „Nulllinie“ ausgleichen.⁷⁴⁾ Bei den verbleibenden Fremdwährungspositionen muss bei der Währungsumrechnung das Niederstwertprinzip vollumfänglich beachtet werden.

Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung

Alte Regelungen

*Ausweis
zusammen mit
den sonstigen
Bewertungs-
ergebnissen*

Ergebnisse aus der Fremdwährungsumrechnung waren bei dem GuV-Posten zu berücksichtigen, bei dem die sonstigen Bewertungsergebnisse des umgerechneten Bilanzpostens oder Geschäfts ausgewiesen wurden. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung bei Eigenhandelsinstrumenten wurden im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften verrechnet.

Neue Regelungen

*Ausweiswahl-
recht in der
GuV*

Aufwendungen und Erträge aus der Fremdwährungsumrechnung können zum einen im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen werden.⁷⁵⁾ Zum anderen besteht nach den Vorschriften der RechKredV die Möglichkeit, diese bei dem Posten zu berücksichtigen, bei dem die sonstigen Bewer-

tungsergebnisse des umgerechneten Bilanzpostens oder Geschäfts ausgewiesen werden.⁷⁶⁾ Ergebnisse aus der Währungsumrechnung bei Finanzinstrumenten des Handelsbestandes sind immer im Nettoergebnis des Handelsbestandes zu buchen.

Übergangsregelungen

Erfolgswirkungen aus der Erstanwendung der neuen Regelungen sind im außerordentlichen Ergebnis auszuweisen.

Wegfall des Sonderpostens mit
Rücklageanteil

Alte Regelungen

Der Sonderposten mit Rücklageanteil war ein Passivposten, in dem rein steuerlich bedingte Vergünstigungen und/oder Ausweiswahlrechte im

⁷¹ Durch die Festlegung auf den Devisenkassamittelkurs scheidet zukünftig die bisherige Möglichkeit der Verwendung unterschiedlicher Devisenkassakurse (Geld-, Mittel-, Briefkurse) aus.

⁷² Währungsschwankungen im Handelsbestand werden implizit durch die neuen Bewertungsvorschriften des Handelsbestandes (Bewertung zum beizulegenden Zeitwert abzüglich Risikoabschlag) erfasst.

⁷³ Eine Bewertungseinheit nach § 254 HGB liegt vor bei einer Zusammenfassung von Grund- und Sicherungsgeschäft zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Eintritt gleichartiger Risiken. Vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz aus Sicht der Bankenaufsicht, Monatsbericht, September 2010, S. 58–61.

⁷⁴ Eine explizite Regelung für Fremdwährungspositionen mit einfacher Deckung wurde im Rahmen der Umsetzung des BilMoG aufgegeben.

⁷⁵ Siehe hierzu § 340a HGB i.V.m. § 277 Abs. 5 HGB.

⁷⁶ Vgl. hierzu: Entwurf IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Besonderheiten der handelsrechtlichen Fremdwährungsumrechnung bei Instituten (IDW ERS BFA 4) Tz 22.

Sonderposten mit Rücklageanteil als Folge der umgekehrten Maßgeblichkeit

Rahmen der umgekehrten Maßgeblichkeit⁷⁷) von der Steuerbilanz in die Handelsbilanz übertragen wurden. Die in diesem Sonderposten eingestellten Beträge waren erst bei ihrer Auflösung zu besteuern.

Neue Regelungen

Wegfall durch Aufhebung der umgekehrten Maßgeblichkeit

Da mit der Einführung des BilMoG das Prinzip der umgekehrten Maßgeblichkeit weitestgehend aufgehoben wurde, ist zukünftig der Ansatz von rein steuerlichen Wahlrechten in der Handelsbilanz nicht mehr zulässig. Damit entfällt auch die Notwendigkeit der Bildung eines Sonderpostens mit Rücklageanteil im Jahresabschluss. Dieser darf zukünftig nicht mehr neu gebildet beziehungsweise erhöht werden, sodass die Aufwandsposition „Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil“ und die Ertragsposition „Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil“ gestrichen wurden.

Übergangsregelungen

Ein zum Zeitpunkt der BilMoG-Umstellung bestehender Sonderposten mit Rücklageanteil darf wahlweise aufgelöst oder beibehalten werden. Wird von dem Beibehaltungswahlrecht kein Gebrauch gemacht, ist der Auflösungsbetrag unmittelbar, das heißt ergebnisneutral, in die Gewinnrücklagen einzustellen.

Beibehaltungswahlrecht

⁷⁷ Das Maßgeblichkeitsprinzip besagt, dass die Grundsätze für die Aufstellung der Handelsbilanz auch für die Steuerbilanz maßgeblich sind. Wurden in der Steuerbilanz aber rein steuerrechtlich zulässige Wahlrechte ausgeübt, mussten diese im Rahmen der umgekehrten Maßgeblichkeit auf die Handelsbilanz übertragen werden. Waren beispielsweise rein steuerlich motivierte (weit unter den handelsrechtlichen Werten liegende) Wertansätze in die Handelsbilanz zu übertragen, konnte dies im Wege der direkten oder indirekten Abschreibung erfolgen. Im Falle der indirekten Abschreibung war der steuerlich bedingte Abschreibungsbetrag im Sonderposten mit Rücklageanteil zu passivieren und nach Maßgabe des Steuerrechts aufzulösen. Der handelsrechtliche Wertansatz auf der Aktivseite der Handelsbilanz blieb dabei unverändert.

Der Tabellenanhang zu diesem Aufsatz ist auf den Seiten 49ff. abgedruckt.

Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen *)

in % der durchschnittlichen Bilanzsumme ^{o)}

Geschäftsjahr	Alle Bankengruppen	Kreditbanken			Landesbanken	Sparkassen	Genossenschaftliche Zentralbanken	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonderaufgaben
		insgesamt	darunter:							
			Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken						
Zinserträge ¹⁾										
2004	4,23	3,60	3,30	4,57	4,39	4,92	3,28	4,88	4,85	3,97
2005	4,37	3,98	3,79	4,64	4,69	4,75	3,05	4,72	4,88	4,05
2006	4,63	4,47	4,36	4,86	4,94	4,67	3,18	4,61	5,32	4,12
2007	5,13	4,78	4,65	5,23	5,66	4,81	3,56	4,77	7,09	4,45
2008	5,20	4,73	4,53	5,36	5,59	4,97	3,90	4,95	7,73	4,53
2009	3,86	3,24	2,93	4,07	3,82	4,37	2,85	4,41	5,38	3,75
2010	3,23	2,60	2,19	3,74	3,21	4,02	2,27	4,03	4,47	2,95
Zinsaufwendungen										
2004	3,04	2,35	2,31	2,48	3,74	2,57	2,79	2,37	4,41	3,47
2005	3,20	2,71	2,79	2,47	4,05	2,45	2,57	2,26	4,44	3,56
2006	3,48	3,14	3,26	2,75	4,33	2,44	2,75	2,30	4,89	3,65
2007	4,01	3,48	3,56	3,23	5,01	2,75	3,06	2,61	6,65	4,02
2008	4,11	3,52	3,54	3,47	4,87	2,97	3,32	2,89	7,34	4,09
2009	2,72	2,04	1,84	2,57	3,11	2,25	2,41	2,18	4,91	3,22
2010	2,10	1,45	1,24	2,05	2,52	1,82	1,79	1,69	4,02	2,44
Saldo der Zinserträge und -aufwendungen = Zinsüberschuss (Zinsspanne)										
2004	1,18	1,25	0,98	2,09	0,65	2,35	0,49	2,51	0,44	0,50
2005	1,17	1,27	1,00	2,17	0,63	2,30	0,47	2,46	0,45	0,49
2006	1,15	1,33	1,11	2,11	0,61	2,23	0,43	2,30	0,43	0,47
2007	1,12	1,30	1,09	2,00	0,65	2,06	0,50	2,15	0,43	0,43
2008	1,09	1,20	0,99	1,89	0,72	2,00	0,58	2,06	0,39	0,44
2009	1,14	1,20	1,09	1,50	0,72	2,13	0,45	2,23	0,47	0,53
2010	1,14	1,14	0,95	1,69	0,68	2,20	0,48	2,33	0,44	0,51
Saldo aus Provisionserträgen und -aufwendungen = Provisionsüberschuss										
2004	0,35	0,57	0,50	0,78	0,11	0,56	0,16	0,65	0,00	0,09
2005	0,37	0,60	0,52	0,85	0,12	0,56	0,16	0,67	0,00	0,09
2006	0,39	0,63	0,54	0,94	0,13	0,58	0,14	0,66	0,03	0,10
2007	0,39	0,60	0,51	0,92	0,13	0,60	0,12	0,67	0,04	0,10
2008	0,36	0,54	0,45	0,82	0,13	0,57	0,11	0,63	0,05	0,09
2009	0,34	0,55	0,50	0,70	0,07	0,55	0,14	0,58	0,02	0,10
2010	0,35	0,56	0,50	0,72	0,08	0,57	0,13	0,59	0,02	0,09

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Ohne Bausparkassen, ohne Institute in Liquidation sowie ohne Institute mit Rumpf-

geschäftsjahr. — o) Ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Sparkassen und der Auslandsfilialen der Genossenschaftlichen Zentralbanken. — Anmerkung 1 siehe S. 50.

noch: Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen *)

 in % der durchschnittlichen Bilanzsumme ^{o)}

Geschäftsjahr	Alle Banken- gruppen	Kreditbanken			Landes- banken	Spar- kassen	Genos- sen- schaft- liche Zentral- banken	Kredit- genos- sen- schaften	Real- kredit- institute	Banken mit Sonder- auf- gaben
		ins- gesamt	darunter:							
			Groß- banken	Regio- nal- banken und sonstige Kredit- banken						
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen										
2004	1,05	1,41	1,27	1,89	0,44	1,92	0,52	2,28	0,16	0,22
2005	1,05	1,38	1,23	1,87	0,45	1,92	0,44	2,30	0,17	0,21
2006	1,06	1,42	1,27	1,93	0,46	1,89	0,47	2,27	0,18	0,22
2007	1,00	1,28	1,13	1,81	0,43	1,90	0,39	2,12	0,18	0,21
2008	0,95	1,20	1,02	1,75	0,43	1,81	0,36	2,01	0,17	0,20
2009	1,02	1,40	1,31	1,65	0,45	1,80	0,41	1,98	0,18	0,21
2010	0,99	1,32	1,20	1,67	0,44	1,74	0,38	1,88	0,17	0,19
Teilbetriebsergebnis										
2004	0,48	0,40	0,22	0,98	0,33	1,00	0,13	0,88	0,28	0,37
2005	0,49	0,50	0,29	1,15	0,30	0,94	0,19	0,83	0,28	0,37
2006	0,49	0,54	0,38	1,11	0,28	0,92	0,11	0,69	0,28	0,35
2007	0,51	0,62	0,47	1,12	0,35	0,75	0,22	0,70	0,30	0,32
2008	0,50	0,55	0,41	0,96	0,41	0,77	0,33	0,68	0,27	0,33
2009	0,46	0,35	0,27	0,56	0,34	0,88	0,18	0,82	0,31	0,42
2010	0,50	0,38	0,24	0,74	0,32	1,03	0,23	1,04	0,29	0,41
Nettoergebnis des Handelsbestandes ²⁾										
2004	0,02	0,02	0,04	-0,04	0,02	0,02	0,19	0,01	0,00	0,00
2005	0,15	0,41	0,56	-0,04	0,02	0,02	0,18	0,01	0,00	0,00
2006	0,06	0,11	0,15	-0,04	0,06	0,02	0,17	0,01	0,00	0,00
2007	-0,01	0,03	0,08	-0,13	-0,10	0,01	-0,19	0,01	0,00	0,00
2008	-0,22	-0,55	-0,69	-0,14	-0,09	0,00	-0,33	0,00	0,00	0,00
2009	0,09	0,18	0,22	0,08	0,06	0,02	0,33	0,01	0,00	0,00
2010	0,07	0,17	0,23	0,00	0,03	0,00	0,19	0,00	0,00	0,00
Bewertungsergebnis										
2004	-0,24	-0,22	-0,17	-0,40	-0,05	-0,60	-0,17	-0,54	-0,19	-0,05
2005	-0,19	-0,15	-0,09	-0,36	-0,05	-0,50	-0,08	-0,52	-0,13	-0,01
2006	-0,18	-0,16	-0,10	-0,34	0,08	-0,52	-0,05	-0,71	-0,12	-0,08
2007	-0,29	-0,17	-0,13	-0,31	-0,13	-0,43	-0,18	-0,44	-0,14	-0,96
2008	-0,44	-0,34	-0,32	-0,42	-0,50	-0,47	-0,25	-0,56	-0,48	-0,53
2009	-0,34	-0,31	-0,28	-0,40	-0,38	-0,42	0,01	-0,33	-0,43	-0,25
2010	-0,19	-0,16	-0,08	-0,36	-0,15	-0,33	0,00	-0,33	-0,31	-0,05

Anmerkungen *, ° siehe S. 49. — 1 Zinserträge zuzüglich Laufende Erträge und Erträge aus Gewinngemeinschaften,

Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen. — 2 Bis 2009 Nettoergebnis aus Finanzgeschäften.

Deutsche Bundesbank

noch: Wichtige Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnungen
nach Bankengruppen *)

in % der durchschnittlichen Bilanzsumme °)

Geschäftsjahr	Alle Banken- gruppen	Kreditbanken			Landes- banken	Spar- kassen	Genos- sen- schaft- liche Zentral- banken	Kredit- genos- sen- schaften	Real- kredit- institute	Banken mit Sonder- auf- gaben
		ins- gesamt	darunter:							
			Groß- banken	Regio- nal- banken und sonstige Kredit- banken						
Betriebsergebnis										
2004	0,31	0,29	0,13	0,74	0,33	0,44	0,19	0,51	0,11	0,35
2005	0,48	0,77	0,71	0,96	0,26	0,50	0,30	0,47	0,18	0,38
2006	0,46	0,57	0,47	0,93	0,48	0,46	0,24	0,55	0,17	0,32
2007	0,25	0,51	0,41	0,84	0,15	0,40	-0,13	0,45	0,18	-0,62
2008	-0,10	-0,26	-0,54	0,57	-0,14	0,35	-0,23	0,37	-0,20	-0,19
2009	0,21	0,20	0,12	0,37	0,05	0,48	0,53	0,58	-0,12	0,18
2010	0,37	0,35	0,27	0,55	0,22	0,70	0,42	0,74	0,00	0,37
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen										
2004	-0,17	-0,30	-0,25	-0,46	-0,30	0,01	-0,08	0,02	-0,05	-0,04
2005	-0,04	-0,07	0,05	-0,47	-0,07	0,00	-0,11	0,25	-0,16	-0,01
2006	-0,10	-0,18	-0,09	-0,50	-0,12	-0,02	-0,07	0,06	-0,10	0,01
2007	0,00	0,13	0,28	-0,36	-0,10	-0,04	-0,02	0,02	-0,14	-0,07
2008	-0,20	-0,29	-0,26	-0,39	-0,21	-0,14	0,08	-0,05	-0,15	-0,19
2009	-0,25	-0,43	-0,47	-0,37	-0,38	-0,04	-0,27	-0,08	-0,05	-0,01
2010	-0,15	-0,23	-0,17	-0,40	-0,28	-0,09	-0,18	-0,05	-0,01	0,01
Jahresüberschuss vor Steuern										
2004	0,14	-0,01	-0,12	0,29	0,03	0,45	0,11	0,52	0,06	0,31
2005	0,44	0,70	0,77	0,49	0,19	0,49	0,18	0,72	0,02	0,37
2006	0,36	0,39	0,38	0,43	0,36	0,44	0,16	0,61	0,06	0,33
2007	0,25	0,64	0,68	0,48	0,05	0,37	-0,15	0,47	0,04	-0,70
2008	-0,30	-0,55	-0,81	0,18	-0,36	0,21	-0,15	0,32	-0,35	-0,38
2009	-0,04	-0,24	-0,35	0,00	-0,33	0,44	0,26	0,50	-0,18	0,17
2010	0,22	0,12	0,10	0,14	-0,06	0,61	0,23	0,69	-0,01	0,38
Jahresüberschuss nach Steuern										
2004	0,07	-0,05	-0,10	0,11	-0,02	0,23	0,15	0,27	0,03	0,29
2005	0,31	0,50	0,56	0,31	0,17	0,27	0,18	0,47	-0,02	0,36
2006	0,29	0,32	0,33	0,27	0,31	0,24	0,35	0,47	0,04	0,32
2007	0,18	0,52	0,57	0,36	0,03	0,21	0,11	0,30	0,02	-0,71
2008	-0,32	-0,54	-0,76	0,10	-0,39	0,11	0,05	0,23	-0,37	-0,39
2009	-0,08	-0,23	-0,31	-0,06	-0,34	0,23	0,28	0,28	-0,20	0,17
2010	0,15	0,08	0,08	0,07	-0,05	0,38	0,24	0,45	-0,01	0,37

*, ° Anmerkungen siehe S. 49.

Deutsche Bundesbank

Gewinn- und Verlustrechnungen der Kreditinstitute *)

Geschäfts- jahr	Zinsabhängiges Geschäft			Zinsunabhängiges Geschäft			Allgemeine Verwaltungs- aufwendungen			Teil- betriebs- ergebnis (Sp. 1+4-7)
	Zins- überschuss (Sp. 2-3)	Zins- erträge 1)	Zins- aufwen- dungen	Provisions- überschuss (Sp. 5-6)	Provisions- erträge	Provisions- aufwen- dungen	insgesamt (Sp. 8+9)	Personal- aufwand	andere Ver- waltungs- aufwen- dungen insge- samt 2)	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
	Mrd €									
2003	81,7	308,7	227,0	24,4	30,6	6,3	77,3	41,6	35,7	28,8
2004	85,0	303,6	218,6	25,3	32,0	6,8	75,8	41,2	34,6	34,5
2005	88,2	329,1	240,9	27,8	35,4	7,6	78,8	43,4	35,4	37,2
2006	89,1	357,5	268,3	29,9	38,4	8,6	81,5	46,0	35,5	37,5
2007	91,6	418,9	327,4	31,7	42,2	10,5	81,6	44,6	37,0	41,7
2008	90,6	432,8	342,2	29,7	41,1	11,3	78,7	42,0	36,7	41,6
2009	91,5	309,9	218,4	27,4	39,4	12,0	82,2	45,0	37,2	36,7
2010	92,1	262,1	170,0	28,6	40,6	12,0	80,2	42,3	38,0	40,5
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % 5)									
2004	4,0	- 1,7	- 3,7	3,8	4,5	7,4	- 2,0	- 0,9	- 3,2	19,9
2005	3,9	8,4	10,2	9,9	10,4	12,0	4,0	5,4	2,4	7,9
2006	1,0	8,6	11,4	7,4	8,7	13,3	3,4	5,9	0,4	0,8
2007	2,8	17,2	22,0	6,1	9,8	22,7	0,1	- 3,0	4,1	11,2
2008	- 0,8	3,4	4,5	- 6,9	- 3,6	6,2	- 3,8	- 6,0	- 1,0	0,3
2009	0,9	- 28,4	- 36,2	- 7,7	- 4,0	5,8	4,4	7,0	1,5	- 11,8
2010	0,7	- 15,4	- 22,2	4,5	3,1	- 0,2	- 2,4	- 6,0	1,9	10,6
	in % der durchschnittlichen Bilanzsumme									
2003	1,16	4,39	3,23	0,35	0,44	0,09	1,10	0,59	0,51	0,41
2004	1,18	4,23	3,04	0,35	0,45	0,09	1,05	0,57	0,48	0,48
2005	1,17	4,37	3,20	0,37	0,47	0,10	1,05	0,58	0,47	0,49
2006	1,15	4,63	3,48	0,39	0,50	0,11	1,06	0,60	0,46	0,49
2007	1,12	5,13	4,01	0,39	0,52	0,13	1,00	0,55	0,45	0,51
2008	1,09	5,20	4,11	0,36	0,49	0,14	0,95	0,50	0,44	0,50
2009	1,14	3,86	2,72	0,34	0,49	0,15	1,02	0,56	0,46	0,46
2010	1,14	3,23	2,10	0,35	0,50	0,15	0,99	0,52	0,47	0,50

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Ohne Bausparkassen, ohne Institute in Liquidation sowie ohne Institute mit Rumpfgeschäftsjahr. — 1 Zinserträge

zuzüglich Laufende Erträge und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen. — 2 Einschl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle

Netto- ergebnis des Handels- bestandes ³⁾	Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwen- dungen	Bewer- tungs- ergebnis (ohne Sach- und Finanz- anlagen- geschäft)	Betriebs- ergebnis (Sp. 10 bis 13)	Saldo der anderen und außer- ordentlichen Erträge und Auf- wendungen	Jahresüber- schuss vor Steuern (Sp. 14+15)	Steuern vom Ein- kommen und vom Ertrag	Jahresüber- schuss bzw. -fehl- betrag (-) (Sp. 16-17)	Nach- richtlich: Bilanz- summe im Jahresdurch- schnitt ⁴⁾	Geschäfts- jahr
11	12	13	14	15	16	17	18	19	
Mrd €									
6,4	3,8	- 21,8	17,3	- 15,5	1,8	5,5	- 3,7	7 038,2	2003
1,3	4,1	- 17,3	22,6	- 12,3	10,4	5,6	4,8	7 183,7	2004
11,4	1,9	- 14,0	36,5	- 3,2	33,2	9,7	23,5	7 524,7	2005
4,4	7,3	- 14,0	35,2	- 7,6	27,6	5,4	22,2	7 719,0	2006
- 1,1	3,5	- 23,6	20,5	0,1	20,5	6,0	14,6	8 158,9	2007
- 18,7	5,6	- 36,6	- 8,2	- 16,9	- 25,0	1,3	- 26,3	8 327,1	2008
6,9	0,5	- 26,9	17,2	- 20,0	- 2,8	3,9	- 6,7	8 022,1	2009
5,7	- 0,6	- 15,4	30,3	- 12,5	17,8	5,2	12,5	8 105,2	2010
Veränderung gegenüber Vorjahr in % ⁵⁾									
- 80,5	9,0	20,5	31,0	20,7	469,0	1,4	.	2,1	2004
806,3	- 53,9	18,9	61,5	73,6	221,2	75,0	391,6	4,8	2005
- 61,4	291,8	0,0	- 3,5	- 135,2	- 17,0	- 44,4	- 5,6	2,6	2006
.	- 51,9	- 68,6	- 41,9	.	- 25,6	9,8	- 34,3	5,7	2007
- 1 545,1	55,6	- 54,9	.	.	.	- 78,1	.	2,1	2008
.	- 90,6	26,4	.	- 18,6	88,8	195,6	74,4	- 3,7	2009
- 17,2	.	42,7	76,3	37,4	.	33,0	.	1,0	2010
in % der durchschnittlichen Bilanzsumme									
0,09	0,05	- 0,31	0,25	- 0,22	0,03	0,08	- 0,05	.	2003
0,02	0,06	- 0,24	0,31	- 0,17	0,14	0,08	0,07	.	2004
0,15	0,02	- 0,19	0,48	- 0,04	0,44	0,13	0,31	.	2005
0,06	0,09	- 0,18	0,46	- 0,10	0,36	0,07	0,29	.	2006
- 0,01	0,04	- 0,29	0,25	0,00	0,25	0,07	0,18	.	2007
- 0,22	0,07	- 0,44	- 0,10	- 0,20	- 0,30	0,02	- 0,32	.	2008
0,09	0,01	- 0,34	0,21	- 0,25	- 0,04	0,05	- 0,08	.	2009
0,07	- 0,01	- 0,19	0,37	- 0,15	0,22	0,06	0,15	.	2010

Anlagewerte und Sachanlagen, jedoch ohne Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Leasinggegenstände („weite“ Abgrenzung). — 3 Bis 2009 Nettoergebnis aus Finanzgeschäften. — 4 Ohne

Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Sparkassen. Ab 2004 ohne Bilanzsummen der Auslandsfilialen der Genossenschaftlichen Zentralbanken — 5 Statistisch bedingte Veränderungen ausgeschaltet.

Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen *)

Mio €

Geschäfts- jahr	Zahl der berichten- den Insti- tute	Zinsabhängiges Geschäft			Zinsunabhängiges Geschäft			Allgemeine Verwaltungs- aufwendungen			Teil- betriebs- ergebnis (Sp. 2+5-8)
		Zinsüber- schuss (Sp. 3-4)	Zins- erträge ¹⁾	Zinsauf- wendun- gen	Provisions- überschuss (Sp. 6-7)	Provisions- erträge	Provisions- aufwen- dungen	insgesamt (Sp. 9+10)	Personal- aufwand	andere Ver- waltungs- aufwen- dungen ²⁾	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Alle Bankengruppen											
2005	1 988	88 211	329 082	240 871	27 797	35 351	7 554	78 806	43 445	35 361	37 202
2006	1 940	89 124	357 461	268 337	29 852	38 411	8 559	81 474	45 989	35 485	37 502
2007	1 903	91 577	418 933	327 356	31 681	42 179	10 498	81 561	44 604	36 957	41 697
2008	1 864	90 636	432 846	342 210	29 718	41 060	11 342	78 731	42 033	36 698	41 623
2009	1 819	91 472	309 873	218 401	27 402	39 405	12 003	82 207	44 964	37 243	36 667
2010	1 798	92 138	262 118	169 980	28 634	40 609	11 975	80 233	42 267	37 966	40 539
Kreditbanken											
2005	179	32 585	102 082	69 497	15 370	19 375	4 005	35 259	17 889	17 370	12 696
2006	174	34 584	116 283	81 699	16 504	21 332	4 828	36 939	19 402	17 537	14 149
2007	173	38 076	140 346	102 270	17 757	24 205	6 448	37 623	19 454	18 169	18 210
2008	181	35 704	140 162	104 458	15 994	23 061	7 067	35 444	16 868	18 576	16 254
2009	183	32 803	88 667	55 864	15 095	21 816	6 721	38 241	18 904	19 337	9 657
2010	183	32 524	73 874	41 350	15 795	22 766	6 971	37 587	17 414	20 173	10 732
Großbanken											
2005	5	19 419	73 595	54 176	10 076	12 189	2 113	23 846	12 564	11 282	5 649
2006	5	22 111	87 108	64 997	10 861	13 365	2 504	25 438	13 936	11 502	7 534
2007	5	24 454	104 238	79 784	11 365	14 634	3 269	25 321	13 709	11 612	10 498
2008	5	21 828	100 199	78 371	9 895	13 541	3 646	22 594	10 917	11 677	9 129
2009	4	21 060	56 590	35 530	9 565	13 035	3 470	25 349	12 811	12 538	5 276
2010	4	19 584	45 236	25 652	10 215	13 552	3 337	24 754	11 873	12 881	5 045
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken											
2005	155	13 050	27 930	14 880	5 133	7 020	1 887	11 242	5 247	5 995	6 941
2006	152	12 362	28 507	16 145	5 496	7 815	2 319	11 335	5 383	5 952	6 523
2007	151	13 466	35 134	21 668	6 194	9 366	3 172	12 127	5 658	6 469	7 533
2008	158	13 660	38 753	25 093	5 939	9 354	3 415	12 637	5 858	6 779	6 962
2009	161	11 519	31 235	19 716	5 369	8 615	3 246	12 624	5 997	6 627	4 264
2010	161	12 663	28 097	15 434	5 438	9 064	3 626	12 545	5 448	7 097	5 556
Zweigstellen ausländischer Banken											
2005	19	116	557	441	161	166	5	171	78	93	106
2006	17	111	668	557	147	152	5	166	83	83	92
2007	17	156	974	818	198	205	7	175	87	88	179
2008	18	216	1 210	994	160	166	6	213	93	120	163
2009	18	224	842	618	161	166	5	268	96	172	117
2010	18	277	541	264	142	150	8	288	93	195	131
Landesbanken											
2005	12	10 019	74 094	64 075	1 933	3 455	1 522	7 140	3 607	3 533	4 812
2006	12	10 030	81 578	71 548	2 206	3 784	1 578	7 646	4 204	3 442	4 590
2007	12	10 877	94 386	83 509	2 247	3 987	1 740	7 248	3 747	3 501	5 876
2008	10	12 161	94 705	82 544	2 177	4 015	1 838	7 364	3 659	3 705	6 974
2009	10	11 354	60 664	49 310	1 181	3 614	2 433	7 111	3 622	3 489	5 424
2010	10	10 325	48 471	38 146	1 225	3 379	2 154	6 689	3 261	3 428	4 861

Anmerkungen *, 1-6 siehe S. 56 und S. 57.

Deutsche Bundesbank

Netto- ergebnis des Handels- bestandes ³⁾	Saldo der sonstigen betrieb- lichen Erträge und Auf- wendungen	Bewer- tungs- ergebnis (ohne Sach- und Finanz- anlagen- geschäft)	Betriebs- ergebnis (Sp. 11 bis 14)	Saldo der anderen und außer- ordent- lichen Erträge und Auf- wendungen	Jahres- über- schuss vor Steuern (Sp. 15+16)	Steuern vom Ein- kommen und vom Ertrag ⁴⁾	Jahres- überschuss bzw. -fehl- betrag (-) (Sp. 17- 18)	Entnah- men bzw. Einstellun- gen (-) aus/in Rücklagen und Genuss- rechts- kapital ⁵⁾	Bilanzge- winn bzw. Bilanz- verlust (-) (Sp. 19+20)	Nach- richtlich: Bilanz- summe im Jahres- durch- schnitt ⁶⁾	Geschäfts- jahr
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
Alle Bankengruppen											
11 421	1 861	- 14 007	36 477	- 3 235	33 242	9 744	23 498	- 14 395	9 103	7 524 722	2005
4 413	7 292	- 14 000	35 207	- 7 610	27 597	5 421	22 176	- 11 818	10 358	7 718 988	2006
- 1 143	3 506	- 23 603	20 457	74	20 531	5 953	14 580	- 1 359	13 221	8 158 884	2007
- 18 718	5 555	- 36 611	- 8 151	- 16 863	- 25 014	1 327	- 26 341	21 549	- 4 792	8 327 069	2008
6 906	518	- 26 930	17 161	- 19 976	- 2 815	3 915	- 6 730	1 760	- 4 970	8 022 116	2009
5 717	- 565	- 15 439	30 252	- 12 501	17 751	5 205	12 546	- 13 374	- 828	8 105 203	2010
Kreditbanken											
10 542	472	- 3 906	19 804	- 1 856	17 948	5 180	12 768	- 8 592	4 176	2 563 063	2005
2 759	2 089	- 4 092	14 905	- 4 761	10 144	1 904	8 240	- 2 867	5 373	2 601 671	2006
884	712	- 4 879	14 927	3 799	18 726	3 450	15 276	- 5 779	9 497	2 935 195	2007
- 16 343	2 506	- 10 161	- 7 744	- 8 676	- 16 420	- 461	- 15 959	16 697	738	2 964 986	2008
4 896	- 725	- 8 442	5 386	- 11 860	- 6 474	- 162	- 6 312	8 568	2 256	2 735 704	2009
4 710	- 1 170	- 4 432	9 840	- 6 504	3 336	1 103	2 233	- 236	1 997	2 845 575	2010
Großbanken											
10 775	- 846	- 1 713	13 865	1 002	14 867	4 030	10 837	- 7 941	2 896	1 939 373	2005
2 971	920	- 2 073	9 352	- 1 832	7 520	936	6 584	- 2 807	3 777	1 995 918	2006
1 764	- 375	- 2 806	9 081	6 209	15 290	2 549	12 741	- 5 386	7 355	2 240 698	2007
- 15 373	1 270	- 7 041	- 12 015	- 5 818	- 17 833	- 1 096	- 16 737	16 810	73	2 212 741	2008
4 262	- 1 862	- 5 326	2 350	- 9 041	- 6 691	- 724	- 5 966	8 392	2 426	1 931 021	2009
4 706	- 2 529	- 1 714	5 508	- 3 469	2 039	488	1 551	837	2 388	2 061 016	2010
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken											
- 249	1 316	- 2 197	5 811	- 2 853	2 958	1 098	1 860	- 651	1 209	602 538	2005
- 238	1 153	- 2 009	5 429	- 2 929	2 500	915	1 585	- 60	1 525	586 058	2006
- 901	1 072	- 2 054	5 650	- 2 413	3 237	823	2 414	- 393	2 021	671 668	2007
- 983	1 206	- 3 052	4 133	- 2 832	1 301	572	729	- 113	616	722 740	2008
614	1 023	- 3 067	2 834	- 2 812	22	497	- 476	178	- 298	766 860	2009
- 12	1 247	- 2 694	4 097	- 3 027	1 070	535	535	- 1 067	- 532	751 218	2010
Zweigstellen ausländischer Banken											
16	2	4	128	- 5	123	52	71	0	71	21 152	2005
26	16	- 10	124	0	124	53	71	0	71	19 695	2006
21	15	- 19	196	3	199	78	121	0	121	22 829	2007
13	30	- 68	138	- 26	112	63	49	0	49	29 505	2008
20	114	- 49	202	- 7	195	65	130	- 2	128	37 823	2009
16	112	- 24	235	- 8	227	80	147	- 6	141	33 341	2010
Landesbanken											
241	- 148	- 782	4 123	- 1 093	3 030	413	2 617	- 1 715	902	1 581 453	2005
1 010	1 026	- 1 373	7 999	- 1 985	6 014	878	5 136	- 3 835	1 301	1 651 972	2006
- 1 726	474	- 2 163	2 461	- 1 673	788	283	507	400	907	1 668 143	2007
- 1 514	652	- 8 547	- 2 435	- 3 616	- 6 051	629	- 6 680	6 809	129	1 695 465	2008
907	501	- 6 096	736	- 5 977	- 5 241	223	- 5 464	3 119	- 2 345	1 587 259	2009
472	205	- 2 270	3 268	- 4 197	- 929	- 101	- 828	690	- 138	1 512 276	2010

noch: Gewinn- und Verlustrechnungen nach Bankengruppen *)

Mio €

Geschäfts- jahr	Zahl der berichten- den Insti- tute	Zinsabhängiges Geschäft			Zinsunabhängiges Geschäft			Allgemeine Verwaltungs- aufwendungen			Teil- betriebs- ergebnis (Sp. 2+5-8)
		Zinsüber- schuss (Sp. 3-4)	Zins- erträge 1)	Zinsauf- wendun- gen	Provisions- überschuss (Sp. 6-7)	Provisions- erträge	Provisions- aufwen- dungen	insgesamt (Sp. 9+10)	Personal- aufwand	andere Verwal- tungsauf- wendun- gen ins- gesamt 2)	
Sparkassen											
2005	463	22 926	47 328	24 402	5 621	5 996	375	19 146	11 841	7 305	9 401
2006	457	22 449	47 046	24 597	5 854	6 244	390	19 014	11 693	7 321	9 289
2007	446	20 949	48 987	28 038	6 082	6 492	410	19 373	11 338	8 035	7 658
2008	438	20 861	51 861	31 000	5 994	6 416	422	18 865	11 534	7 331	7 990
2009	431	22 570	46 406	23 836	5 858	6 298	440	19 109	11 912	7 197	9 319
2010	429	23 506	43 015	19 509	6 124	6 591	467	18 659	11 543	7 116	10 971
Genossenschaftliche Zentralbanken											
2005	2	1 037	6 698	5 661	359	795	436	974	543	431	422
2006	2	1 009	7 439	6 430	336	807	471	1 095	673	422	250
2007	2	1 265	9 044	7 779	298	799	501	1 000	552	448	563
2008	2	1 590	10 671	9 081	299	759	460	976	516	460	913
2009	2	1 175	7 512	6 337	373	798	425	1 069	598	471	479
2010	2	1 259	5 958	4 699	347	828	481	990	545	445	616
Kreditgenossenschaften											
2005	1 292	14 230	27 287	13 057	3 886	4 499	613	13 333	8 013	5 320	4 783
2006	1 257	13 716	27 427	13 711	3 949	4 601	652	13 536	8 250	5 286	4 129
2007	1 232	13 219	29 281	16 062	4 138	4 809	671	13 056	7 807	5 249	4 301
2008	1 197	13 205	31 770	18 565	4 037	4 720	683	12 909	7 874	5 035	4 333
2009	1 157	15 062	29 842	14 780	3 893	4 665	772	13 380	8 283	5 097	5 575
2010	1 138	16 267	28 090	11 823	4 113	4 925	812	13 137	7 944	5 193	7 243
Realkreditinstitute											
2005	24	3 933	42 930	38 997	- 5	331	336	1 458	697	761	2 470
2006	22	3 774	46 761	42 987	285	603	318	1 606	808	798	2 453
2007	22	3 737	60 944	57 207	378	669	291	1 578	751	827	2 537
2008	19	3 213	63 510	60 297	418	787	369	1 393	606	787	2 238
2009	18	3 760	43 235	39 475	129	910	781	1 432	639	793	2 457
2010	18	3 505	35 431	31 926	197	800	603	1 374	533	841	2 328
Banken mit Sonderaufgaben											
2005	16	3 481	28 663	25 182	633	900	267	1 496	855	641	2 618
2006	16	3 562	30 927	27 365	718	1 040	322	1 638	959	679	2 642
2007	16	3 454	35 945	32 491	781	1 218	437	1 683	955	728	2 552
2008	17	3 902	40 167	36 265	799	1 302	503	1 780	976	804	2 921
2009	18	4 748	33 547	28 799	873	1 304	431	1 865	1 006	859	3 756
2010	18	4 752	27 279	22 527	833	1 320	487	1 797	1 027	770	3 788
Nachrichtlich: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 7)											
2005	41	8 216	29 491	21 275	3 389	4 246	857	7 291	3 416	3 875	4 314
2006	44	8 678	32 318	23 640	3 694	4 867	1 173	7 672	3 711	3 961	4 700
2007	42	10 189	39 607	29 418	4 038	5 725	1 687	8 115	3 927	4 188	6 112
2008	44	10 163	39 246	29 083	3 777	5 911	2 134	8 371	3 947	4 424	5 569
2009	43	9 831	26 212	16 381	3 311	5 272	1 961	8 811	4 471	4 340	4 331
2010	42	9 103	22 602	13 499	3 332	5 236	1 904	7 627	3 440	4 187	4 808

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Ohne Sparkassen, ohne Institute in Liquidation sowie ohne Institute mit Rumpfgeschäftsjahr. — 1 Zinserträge zuzüglich Laufende Erträge und Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen. —

2 Einschl. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, jedoch ohne Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Leasinggegenstände („weite“ Abgrenzung). — 3 Bis 2009 Nettoergebnis aus Finanzgeschäften. — 4 Teilweise einschl. Steueraufwendungen der den Landesbanken ange-

Deutsche Bundesbank

Netto- ergebnis des Handels- bestan- des ³⁾	Saldo der sonstigen betrieb- lichen Erträge und Auf- wendungen	Bewer- tungs- ergebnis (ohne Sach- und Finanz- anlagen- geschäft)	Betriebs- ergebnis (Sp. 11 bis 14)	Saldo der anderen und außer- ordent- lichen Erträge und Auf- wendungen	Jahres- über- schuss vor Steuern (Sp. 15+16)	Steuern vom Ein- kommen und vom Ertrag ⁴⁾	Jahres- überschuss bzw. -fehl- betrag (-) (Sp. 17- 18)	Entnah- men bzw. Einstellun- gen (-) aus/in Rücklagen und Genuss- rechts- kapital ⁵⁾	Bilanzge- winn bzw. Bilanz- verlust (-) (Sp. 19+20)	Nach- richtlich: Bilanz- summe im Jahres- durch- schnitt ⁶⁾	Geschäfts- jahr
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
Sparkassen											
180	299	- 4 947	4 933	- 6	4 927	2 285	2 642	- 1 125	1 517	995 377	2005
176	419	- 5 246	4 638	- 217	4 421	1 973	2 448	- 855	1 593	1 007 033	2006
151	690	- 4 376	4 123	- 364	3 759	1 574	2 185	- 819	1 366	1 019 129	2007
35	548	- 4 900	3 673	- 1 512	2 161	1 016	1 145	- 143	1 002	1 042 947	2008
172	105	- 4 484	5 112	- 402	4 710	2 245	2 465	- 1 201	1 264	1 060 725	2009
46	31	- 3 538	7 510	- 956	6 554	2 525	4 029	- 2 513	1 516	1 070 231	2010
Genossenschaftliche Zentralbanken											
405	7	- 180	654	- 248	406	10	396	- 223	173	219 881	2005
403	13	- 111	555	- 173	382	- 428	810	- 589	221	233 847	2006
- 482	41	- 455	- 333	- 42	- 375	- 649	274	- 38	236	254 397	2007
- 910	69	- 694	- 622	206	- 416	- 558	142	- 41	101	273 650	2008
881	8	27	1 395	- 699	696	- 37	733	- 542	191	263 438	2009
491	- 17	7	1 097	- 483	614	- 6	620	- 402	218	262 437	2010
Kreditgenossenschaften											
51	891	- 2 999	2 726	1 430	4 156	1 444	2 712	- 1 519	1 193	578 641	2005
57	3 317	- 4 249	3 254	360	3 614	829	2 785	- 1 556	1 229	595 576	2006
52	1 122	- 2 714	2 761	119	2 880	1 054	1 826	- 621	1 205	614 428	2007
10	1 637	- 3 615	2 365	- 326	2 039	571	1 468	- 423	1 045	641 771	2008
52	574	- 2 258	3 943	- 539	3 404	1 490	1 914	- 724	1 190	676 780	2009
11	225	- 2 323	5 156	- 366	4 790	1 622	3 168	- 1 794	1 374	697 694	2010
Realkreditinstitute											
3	206	- 1 128	1 551	- 1 391	160	313	- 153	906	753	879 136	2005
6	65	- 1 067	1 457	- 889	568	196	372	- 119	253	878 310	2006
- 17	289	- 1 244	1 565	- 1 190	375	165	210	- 625	- 415	859 798	2007
- 4	75	- 3 977	- 1 668	- 1 245	- 2 913	93	- 3 006	- 452	- 3 458	821 083	2008
- 3	27	- 3 481	- 1 000	- 419	- 1 419	163	- 1 582	- 3 093	- 4 675	803 949	2009
- 6	86	- 2 423	- 15	- 71	- 86	- 17	- 69	- 4 494	- 4 563	793 476	2010
Banken mit Sonderaufgaben											
- 1	134	- 65	2 686	- 71	2 615	99	2 516	- 2 127	389	707 171	2005
2	363	- 608	2 399	- 55	2 454	69	2 385	- 1 997	388	750 579	2006
- 5	178	- 7 772	- 5 047	- 575	- 5 622	76	- 5 698	6 123	425	807 794	2007
8	68	- 4 717	- 1 720	- 1 694	- 3 414	37	- 3 451	- 898	- 4 349	887 167	2008
1	28	- 2 196	1 589	- 80	1 509	- 7	1 516	- 4 367	- 2 851	894 261	2009
- 7	75	- 460	3 396	76	3 472	79	3 393	- 4 625	- 1 232	923 514	2010
Nachrichtlich: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁷⁾											
345	167	- 1 962	2 864	- 783	2 081	721	1 360	- 537	823	649 254	2005
325	188	- 1 852	3 361	- 1 287	2 074	517	1 557	- 511	1 046	679 356	2006
- 542	421	- 2 204	3 787	5 914	9 701	769	8 932	- 3 885	5 047	766 323	2007
- 3 392	345	- 2 887	- 365	- 1 423	- 1 788	363	- 2 150	2 508	358	732 683	2008
1 277	370	- 2 953	3 025	- 1 816	1 209	496	713	592	1 305	679 565	2009
371	29	- 1 697	3 511	- 1 431	2 080	550	1 530	- 33	1 497	666 637	2010

schlossenen rechtlich unselbständigen Bausparkassen. — 5 Einschl. Gewinn- und Verlustvortrag aus dem Vorjahr sowie Entnahmen aus dem bzw. Zuführungen zum Sonderposten des Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 6 Ohne Bilanzsumme der Auslandsfilialen der Sparkassen und der Auslandsfilialen der Genossenschaftlichen Zentral-

banken. — 7 Ausgliederung der in den Bankengruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Realkreditinstitute“ enthaltenen (rechtlich selbständigen) Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

Aufwands- und Ertragspositionen der Kreditinstitute *)

Mio €

Geschäfts- jahr	Zahl der berich- tenden Institute	Aufwendungen						Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
		insge- samt	Zinsauf- wendun- gen	Provi- sionsauf- wendun- gen	Netto- aufwand des Handels- bestandes 1)	Roh- ergebnis aus Waren- verkehr und Neben- betrie- ben	insge- samt	Personalaufwand				andere Verwal- tungs- aufwen- dungen 2)	
								insge- samt	Löhne und Gehälter	Soziale Abgaben und Aufwendun- gen für Altersver- sorgung und Unter- stützung			
										zu- sammen	da- runter: für Alters- versor- gung		
2002	2 268	400 045	258 904	5 885	884	0	72 472	41 578	32 514	9 064	3 489	30 894	
2003	2 128	364 797	227 033	6 289	354	0	71 901	41 585	32 088	9 497	3 946	30 316	
2004	2 055	346 700	218 617	6 757	898	0	70 989	41 223	31 626	9 597	4 028	29 766	
2005	1 988	372 968	240 871	7 554	637	0	74 459	43 445	33 278	10 167	4 562	31 014	
2006	1 940	398 054	268 337	8 559	495	0	77 597	45 989	35 250	10 739	5 007	31 608	
2007	1 903	472 921	327 356	10 498	4 479	0	77 810	44 604	35 092	9 512	3 855	33 206	
2008	1 864	522 560	342 210	11 342	19 762	0	75 102	42 033	32 794	9 239	4 070	33 069	
2009	1 819	378 397	218 401	12 003	1 218	0	78 673	44 964	34 542	10 422	4 745	33 709	
2010	1 798	319 685	169 980	11 975	690	0	76 800	42 267	34 501	7 766	2 271	34 533	

Geschäfts- jahr	Erträge									
	insgesamt	Zinserträge			Laufende Erträge				Erträge aus Gewinn- gemein- schaften, Gewinnab- führungs- oder Teil- gewinnab- führungs- verträgen	Provisions- erträge
		insgesamt	aus Kredit- und Geld- marktge- schäften	aus festver- zinslichen Wertpapie- ren und Schuld- buchforde- rungen	insgesamt	aus Aktien und ande- ren nicht festverzins- lichen Wert- papieren	aus Beteili- gungen 4)	aus Antei- len an ver- bundenen Unter- nehmen		
2002	407 115	323 949	266 031	57 918	17 446	7 226	1 835	8 385	3 077	30 212
2003	361 115	294 244	243 578	50 666	10 975	6 503	1 220	3 252	3 523	30 645
2004	351 489	285 732	235 855	49 877	14 666	9 631	1 212	3 823	3 217	32 039
2005	396 466	306 745	252 604	54 141	17 000	12 365	1 250	3 385	5 337	35 351
2006	420 230	332 763	274 104	58 659	18 807	14 105	1 230	3 472	5 891	38 411
2007	487 499	390 039	318 677	71 362	23 965	17 996	1 933	4 036	4 929	42 179
2008	496 219	408 741	329 973	78 768	18 970	12 413	1 452	5 105	5 135	41 060
2009	371 667	295 407	240 962	54 445	11 386	6 976	896	3 514	3 080	39 405
2010	332 231	247 934	205 297	42 637	12 073	6 870	948	4 255	2 111	40 609

* Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Ohne Bausparkassen, ohne Institute in Liquidation sowie ohne Institute mit Rumpfgeschäftsjahr. — 1 Bis 2009

Nettoaufwand aus Finanzgeschäften. — 2 Aufwandsposition enthält nicht die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen, gekürzt um Abschreibungen auf

Deutsche Bundesbank

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	Aufwendungen aus Verlustübernahme	Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	Außerordentliche Aufwendungen	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ³⁾	Sonstige Steuern	Aufgrund einer Gewinn-gemeinschaft, eines Gewinn-abführungs- oder eines Teil-gewinn-abführungs-vertrages abge-führte Gewinne	Geschäfts-jahr	
zu-sammen	darunter: auf Leasing-gegenstände										
5 995	143	4 288	34 213	3 412	4 550	64	2 102	3 850	185	3 241	2002
5 520	125	5 404	23 325	7 480	2 861	63	5 264	5 505	169	3 629	2003
4 904	112	3 763	19 439	1 352	1 427	37	8 893	5 583	176	3 865	2004
4 347	0	5 752	17 917	711	1 398	36	4 688	9 744	202	4 652	2005
3 894	17	4 719	17 880	2 593	796	49	2 656	5 421	191	4 867	2006
3 757	6	5 326	26 492	3 929	939	65	1 274	5 953	156	4 887	2007
3 793	164	5 641	39 116	15 288	3 318	30	1 938	1 327	209	3 484	2008
3 872	338	8 089	28 803	9 621	3 750	23	6 620	3 915	168	3 241	2009
3 886	453	11 234	18 244	4 014	3 943	0	10 360	5 205	280	3 074	2010

Nettoertrag des Handelsbestandes ⁵⁾	Rohergebnis aus Warenverkehr und Nebenbetrieben	Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	Sonstige betriebliche Erträge		Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	Außerordentliche Erträge	Erträge aus Verlustübernahme	Geschäfts-jahr
				zusammen	darunter: aus Leasing-geschäften				
3 834	170	2 996	12 040	8 139	243	889	3 586	777	2002
6 803	165	1 574	2 188	9 341	220	450	1 111	96	2003
2 158	160	2 157	1 070	8 040	239	49	1 716	485	2004
12 058	161	3 910	4 975	7 654	55	83	3 136	56	2005
4 908	172	3 880	2 307	12 047	34	27	946	71	2006
3 336	173	2 889	8 970	8 821	12	38	2 111	49	2007
1 044	177	2 505	1 761	11 392	496	121	3 608	1 705	2008
8 124	157	1 873	1 093	8 956	785	37	1 270	879	2009
6 407	169	2 805	1 632	11 233	871	0	6 078	1 180	2010

Leasinggegenstände („enge“ Abgrenzung). In allen anderen Tabellen sind „andere Verwaltungsaufwendungen“ weit abgegrenzt. — 3 Teilweise einschl. Steueraufwendungen der den Landesbanken

angeschlossenen rechtlich unselbständigen Bausparkassen. — 4 Einschl. Geschäftsguthaben bei Genossenschaften. — 5 Bis 2009 Nettoertrag aus Finanzgeschäften.